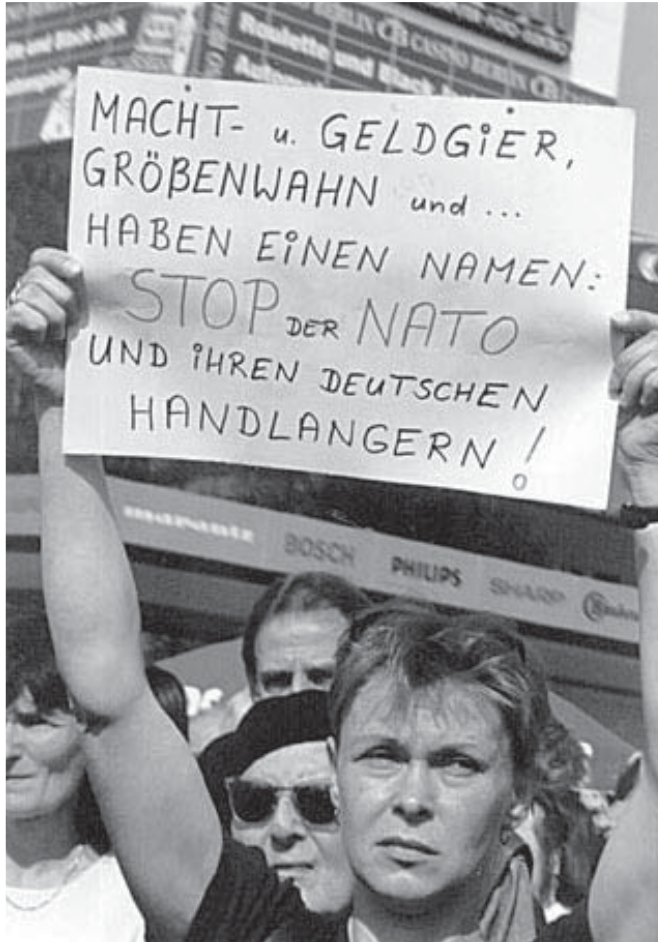


Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Bomben für neue Kolonialpolitik
S. 3/4/5

Öcalan: Erklärung aus der Haft
S. 8

Blutkonzern IG Farben
Seite 12

Neonazis in Sachsen
Seite 14

ÖTV im Abwehrkampf
S. 15



Positionen gegen den Angriffskrieg
Dokumente
S. 20/21/22

Kassler Friedensmemorandum
S. 23



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32 ... **und Ost** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Ein senden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

ÖTV-PROTEST: Mit einem Brief an alle ÖTV-Mitglieder unter den Bundestagsabgeordneten von SPD und Grünen hat sich der ÖTV-Vorsitzende Mai in die Diskussionen um den Kurs der Regierung nach dem Rücktritt Lafontaines eingeschaltet. Mai warnt die Regierungsparteien, den Unternehmen „in immer kürzeren Abständen immer niedrigere Steuersätze sowie weitere Deregulierungen des staatlichen Ordnungsrechts anzubieten“. Er erinnert daran, daß die alte Regierung die Unternehmen von 1992 bis '98 um 43 Milliarden DM steuerlich entlastet habe. Zur gleichen Zeit habe die Belastung der Arbeitnehmer mit Steuern und Abgaben von 33,3 auf 36,2% zugenommen. Die letzte Bundestagswahl sei eine deutliche Absage an diese Politik gewesen, die neue rot-grüne Regierung solle ihren seitdem eingeschlagenen Kurs auf Grundlage der Koalitionsvereinbarungen fortsetzen. Wirtschaftssprecher der SPD reagierten verärgert auf den Brief: Schröder habe keine Abkehr vom Koalitionsvertrag angekündigt, verteidigte ihn der Sprecher des Seeheimer Kreises der SPD, MdB Reinhold Robbe. Die ÖTV solle gefälligst den SPD-Partei tag am 12. April abwarten, bevor sie mit Kritik hervortrete.

CSU-„SANIERUNG“: Die CSU ist in „zweistelliger Millionenhöhe“ verschuldet. Das teilte CSU-Generalsekretär Goppel am 22. März in München mit. Bis Ende September soll deshalb die Unternehmensberatungsfirma Roland Berger (bis vor kurzem im Besitz der Deutschen Bank) nun gemeinsam mit der Finanzkommission „die Organisationsstruktur der Partei überprüfen“ und Vorschläge zum Schuldenabbau der Partei machen.

ENERGIEKONZERNRÜCKLAGEN:

Die Bundesregierung ist offenbar vor den Kernenergiekonzernen komplett eingeknickt. Nachdem schon die Stilllegung der Atomkraftwerke immer weiter hinausgeschoben wurde, sind nunmehr auch die Steuerpläne weitgehend vom Tisch. Die Konzerne sollen zwar ein paar Jahre lang etwas mehr Steuern zahlen, dürfen dann aber ihre Rücklagen steuerfrei wieder voll auf das alte Niveau auffüllen. Konkret: Lafontaines Steuergesetz – in der letzten Woche im Bundesrat verabschiedet – enthält Steuerrechtsänderungen, die die Energiekonzerne zwingen sollen, ihre ca. 70 Milliarden DM betragenden, steuerfrei für evtl. Stilllegungskosten zurückgelegten Finanzreserven zu fast 70% steuerwirksam aufzulösen. Die Konzerne haben daraus Steuererhöhungen in Höhe von 25 Milliarden DM in 10 Jahren errechnet, die Bundesregierung erwartete „nur“ 16 Milliarden DM mehr Steuern von den Energiekonzernen. Beim letzten Energietreffen wurde deshalb eine „Expertengruppe“ eingesetzt. Die scheint nun fündig geworden zu sein. Wirtschaftsminister Müller jedenfalls verkündete wenige Tage nach

Lafontaines Rücktritt, er werde den „Ermessensspielraum“ in den Steuergesetzen so nutzen, daß die Konzerne ihre Rücklagen bis zum Jahr 2015 wieder auffüllen könnten – steuerfrei, versteht sich.

CASTOR-TRANSPORTE: Bereits Mitte des Jahres wollen die Kernenergiefirmen erneute Castor-Transporte mit der Bahn aufnehmen. Das verkündete am 24.3. der Präsident der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke, Heinz Klinger, auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf. In den vier Kernkraftwerken Stade, Neckarwestheim, Philippsburg und Biblis seien die Brennelemente-Lager voll, ohne Transporte seien die Betriebsgenehmigungen für diese Kraftwerke in Frage gestellt. Die niedersächsische Landesregierung, zuständig für die Sicherheit um das Kraftwerk Stade, wollte erst nach der Expo 2000 wieder Castor-Transporte genehmigen und durch ihre Polizei schützen. Die CDU-F.D.P.-Landesregierungen von Hessen und Baden-Württemberg dürften da weniger Probleme haben.

GRAFFITI-GESETZ: Auf seiner Sitzung am 20. März hat der Bundesrat ein „Graffiti-Bekämpfungsgesetz“ verabschiedet. Eingebracht von der großen Koalition in Berlin, soll das Gesetz die Strafverfolgung für das „wilde Besprühen, Bemalen und Bekleben“ von öffentlichen Flächen deutlich erhöhen. Außerdem sollen die angeblichen „Urheber“ z.B. für unerlaubte Plakate künftig schärfer verfolgt werden. Bekleben, Bemalen und Besprühen wird dazu künftig als „Sachbeschädigung“ eingestuft, die Nachweispflichten der Polizei bzw. Staatsanwaltschaft für den wirklichen Urheber z.B. bei Plakaten werden dagegen reduziert.

KAPPUNGSGRENZEN MIETE: Ebenfalls am 20. März beschloß der Bundesrat, die am 1. September vergangenen Jahres ausgelaufene Kappungsgrenze von 20% für vor 1981 fertiggestellte Wohnungen mit einem Quadratmeterpreis von über 8 DM wieder in Kraft zu setzen. Offenbar haben die Besitzer solcher Wohnungen das Auslaufen der Kappungsgrenze zu derben Mieterhöhungen genutzt. Wenn die Gesetzesinitiative der Länder auch im Bundestag gebilligt wird, dürfen die Mieten für solche Wohnungen bis zum 31.12.2002 binnen drei Jahren wieder nur um maximal 20% erhöht werden.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Der Bundestag ist in der „Osterpause“. Am 12. April ist SPD-Partei tag, einziger Tagesordnungspunkt ist die Wahl Schröders zum neuen SPD-Vorsitzenden. Der Bundestag tagt wieder am 19. April – feierlich in Berlin im neu eröffneten „Reichstag“. Vom 21. bis 23. April sind wieder reguläre Sitzungen in Bonn. Am 24./25. April feiert die NATO in Washington 50. Jubiläum.

Weltweit Proteste gegen den Balkankrieg der NATO

ROM: 20 000 demonstrierten in Italien. Der größte Protestzug formierte sich in Mailand, wo Rufe wie „Yankee go home“ laut wurden..

ATHEN: Rund 10 000 Menschen versammelten sich vor der USA-Botschaft.

SKOPJE: Die Proteste gegen die massive NATO-Präsenz in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sind nicht mehr nur friedlich.

Hatten in den Tagen vor Beginn der NATO-Bombenangriffe auf Jugoslawien Einwohner von Tetovo und Umgebung noch mehr als 13 000 Unterschriften unter eine Petition gegen die Stationierung von NATO-Soldaten gesammelt und friedlich demonstriert, so kam es am Donnerstag zu massiven Protestaktionen gegen westliche Einrichtungen in Skopje. Mehrere tausend Menschen, zumeist Jugendliche, versammelten sich vor den nahe beieinander gelegenen Botschaften, um gegen die NATO-Luftangriffe zu demonstrieren. Die Polizei trieb die Menge mit Tränengas auseinander.

Die Situation in Mazedonien ist besonders aufgeheizt, nachdem albanische Separatisten in Tetovo wo die deutschen Truppen stationiert sind lautstark an die Unterstützung von Nazi-Deutschland für die albanische Unabhängigkeit erinnerten. Kein Wunder, daß auf den Kundgebungen neben Lösungen gegen die USA und NATO auch der Ruf „Faschisten raus“ ertönte.

MOSKAU: Erneut protestierten 3000 Menschen gegen die NATO-Aggression. Unbekannte versuchten, die USA-Botschaft zu beschießen.

KOPENHAGEN: Vor der USA-Botschaft demonstrierten etwa 2000 Menschen.

MELBOURNE: Aus einem Meeting mit 5000 Teilnehmern in Melbourne flogen Brandsätze gegen das USA-Generalkonsulat.

MADRID: Mehrere hundert Protestierende gaben vor der USA-Botschaft Washington die Schuld an dem Militäreinsatz.

PARIS: Tausende Menschen waren in Paris einem Aufruf der KPF sowie von Gewerkschaften und Friedensbewegungen gefolgt.

WIEN: Vor der USA-Botschaft und dem Stephansdom wurden USA-Fahnen verbrannt, insgesamt demonstrierten 5000 Menschen.

PRAG: Auf dem Prager Wenzelsplatz wandten sich mehrere hundert Menschen gegen die NATO-Angriffe. In Sprechchören und Transparenten stand zu lesen: „NATO-Soldaten go home“, „Nieder mit Havel“.

Auf der Kundgebung sagte der Vorsitzende der kommunistischen Partei Böhmens und Mährens, Grebenicek, die Mitgliedschaft Tschechiens in der NATO bedeute nicht mehr Sicherheit, sondern finanzielle Belastung und völlig neue Bedrohungen. Der Vorsitzende der kommunistischen Fraktion im Abgeordnetenhaus Filip bezeichnete das Vorgehen der NATO als Aggressionsakt. Das NATO-Bündnis sei unter Verletzung des Völkerrechts zum Angriffspakt geworden.

SLOWAKEI: Die von der Regierung in Bratislava erteilte Genehmigung für die NATO, bei ihren Luftangriffen das Territorium der Slowakei überfliegen zu dürfen, hat scharfen Protest der Opposition ausgelöst.

Die „Bewegung für eine demokratische Slowakei“ (HZDZ) des früheren Ministerpräsidenten Meciar und die „Slowakische Nationalpartei“ SNS beschuldigten die Regierung, die Verfassung zu verletzen. „Die Aggressoren verletzen auch unsere slowakischen Brüder, die in der Vojvodina leben,“ hieß es in einer Erklärung.

BULGARIEN: Nach Umfragen fühlen sich 47% aller Bulgaren auf Seiten der jugoslawischen Bevölkerung und lehnen die NATO-Angriffe ab. Nur 24% unterstützen die NATO. Trotzdem hat auch die bulgarische Regierung den NATO-Bombern den Luftraum freigegeben.

UNGARN: Budapest – Drei von vier Ungarn fürchten, daß der Konflikt zwischen der Nato und Jugoslawien auf ihr Land übergreifen könnte. Der Fernsehsender TV2 berichtete über eine Telefonumfrage vom Sonntag, bei der 74 Prozent von über 16 000 Anrufern ihre Besorgnis über eine Ausweitung des Konflikts zum Ausdruck gebracht hätten.

RUMÄNIEN: Bukarest – Hunderte Menschen haben am Montag in Rumänien gegen die anhaltenden Luftangriffe der NATO auf Jugoslawien protestiert. Die serbischen und rumänischen Demonstranten bewarfen in der Hauptstadt Bukarest die amerikanischen und französischen Botschaft mit Eiern. Polizisten drängten zudem Demonstranten, darunter serbische Geschäftsleute und Studenten, von der deutschen und britischen Botschaft zurück. Die Menge rief „Kriminelle“ und „Faschisten“. Ein 70-jähriger Rumäne sagte, mit den Bombardierungen könne das Kosovo-Problem nicht gelöst werden. Rumänien, das der Nato beitreten will, hat der Allianz seinen Luftraum geöffnet.

Der Nato-Angriffskrieg

Bomben für neue Kolonialpolitik

Einen völkerrechtswidrigen und menschenverachtenden Krieg hat die NATO auf dem Balkan angezettelt. Zu Recht muß man daher die verantwortlichen Politiker in der BRD dieser Taten bezichtigen und sie vor die Gerichte zwingen. Mit Vorsatz haben sie die Menschen im Kosovo in Flucht und Vertreibung gehetzt – einen Zustand, der hätte verhindert werden können. Man muß sich noch mal vergegenwärtigen, was wenige Tage vor dem Balkankrieg der Stand der Kosovo-Verhandlungen in Frankreich war. Die jugoslawische Regierung hatte schon die Unterschrift unter ein Dokument gesetzt, das den Albanern im Kosovo eine vollständige Autonomie innerhalb des jugoslawischen Staatenverbandes zugesichert hätte. Es hätte zum Aufbau einer albanischen Verwaltung mit allen Konsequenzen für Ökonomie, Bildung usw. geführt. Es hätten Strukturen aufgebaut werden können, in denen die Widersprüche zwischen den Völkern zumindest in zivilisierteren Formen ausgetragen und vielleicht auch gelöst werden können.

Aber die NATO lehnte ab. Sie beharrte auf der Besetzung von jugoslawischem Staatsgebiet mit NATO-Truppen. Sie unterstützte die Teile der albanischen Politiker, die auf Lostrennung des Kosovo von Jugoslawien setzten. Damit waren zwei Fakten gesetzt, denen die jugoslawische Regierung nie hätte zustimmen können. Und das wußte man bei der NATO. Die Weigerung der jugoslawischen Regierung, der Besetzung des eigenen Territoriums zuzustimmen, war für sie Kriegsgrund genug, ganz gleich, ob sich die Staaten der Welt in ihrer UNO-Satzung dort selbst Schranken auferlegt haben. Diese werden jetzt eingerissen. Der Kampf um eine Neugliederung der Welt ist nun in seine heiße Phase getreten.

Für den Balkanraum mußten die imperialistischen Mächte aber zunächst noch einigen Schranken niederreißen. Der heftige Haß auf die Bundesrepublik Jugoslawien rührt u.a. auch daher, daß sie sich nicht in die von den imperialistischen Mächten geplanten Status einfügen wollten. Deren Ziel heißt: Schaffung einer Zone von Staaten mit eingeschränkter Souveränität. Die Bundesrepublik Jugoslawien hatte sich zumindest in einem Punkt sicher als Nachfolgestaat des sozialistischen Jugoslawiens gesehen, nämlich als Verteidigerin der Prinzipien der Blockfreienbewegung. Und dort war einer der fundamentalsten

AKTIONEN BRD: Tausende Menschen demonstrierten in Deutschland am Wochenende gegen die NATO-Angriffe auf die Bundesrepublik Jugoslawien. Die größte Protestkundgebung fand am Samstag auf dem *Berliner Alexanderplatz* statt. Nach Angaben der PDS, die zu der Kundgebung aufrief, beteiligten sich bis zu 20 000 Menschen daran. PDS-Fraktionschef Gregor Gysi ächtete die Teilnahme von Bundeswehrsoldaten als nach Artikel 26 des Grundgesetzes verbotene Vorbereitung und Durchführung eines Angriffskrieges. „Der Einsatz deutscher Soldaten und Waffen in diesem Krieg steigert unsere Wut und den Protest gegen die Außenpolitik auch der neuen Regierungskoalition“, erklärte PDS-Sprecher Hanno Harnisch. Für die in Deutschland lebenden Serben ergrieff eine Sprecherin der deutsch-serbischen Begegnung das Wort. PDS-Chef Lothar Bisky griff Joseph Fi-

schers historischen Einwurf im Bundestag auf und richtete sich mit den Worten an den Außenminister: „Mit Verlaub, Herr Fischer, Sie sind ein Arschloch!“ Fischer hatte diesen Satz einst im Streit an den amtierenden Bundestagspräsidenten gerichtet und war daraufhin des Saales verwiesen worden.

Im Anschluß an die Demonstration ließen die Teilnehmer Hunderte weiße Ballons „gegen deutsche Flugzeuge mit schwarzen Kreuzen und Bomben am Himmel über Jugoslawien“ aufsteigen. In *Stuttgart* gab es zwei Demonstrationen. Auf einer vom Friedensrat Baden-Württemberg organisierten Demo protestierten an die 300 Menschen gegen den Einsatz der Bundeswehr. Bei einer von Serben organisierten Demo zogen 3 500 Menschen durch die Straßen und riefen antiamerikanische Parolen. Besonders die deutsche Beteiligung an den Angriffen stand im Zentrum der Kritik.

In *Nürnberg* demonstrierten rund 1 500 Menschen fünf Stunden lang durch die Innenstadt. „Die NATO“, so wurde erklärt, „handelt ohne UN-Mandat, deshalb verurteilen wir die Angriffe auf das schärfste“.

In *Bremen* demonstrierten über 600 Teilnehmer unter dem Motto „Nie wieder Krieg, Soldaten zurück in die Kasernen“; in *Heidelberg* organisierten mehrere linke Gruppen eine Kundgebung. Rund zehn Demonstranten besetzten am Freitag die Landesgeschäftsstelle der Bündnisgrünen in *Hannover*. Der zusammengekommene Landesvorstand sei zu keinerlei Zugeständnissen bereit gewesen und hätte Anzeige wegen Hausfriedensbruch erstattet. Die verbleibenden fünf Besetzer wurden in der Nacht zum Sonntag festgenommen. In *Freiburg* versammelten sich auf einer Kundgebung ca 300 Menschen gegen den NATO-Einsatz.

Grundsätze die Achtung vor der vollen Souveränität und territorialen Integrität der Nationen. In zehn „Grundsätzen zur friedlichen Koexistenz“ hatte die Blockfreienbewegung einen Verhaltenskodex entwickelt, der ein friedliches Zusammenleben der Völker gewährleisten sollte. Im großen und ganzen sind diese Grundsätze auch in die UNO-Charta eingeflossen. Es ist notwendig, sich diese Grundsätze zu vergegenwärtigen, weil hier Haltepunkte gesetzt werden gegen die imperialistischen Vernichtungsstrategie gegenüber der Bundesrepublik Jugoslawien.

„Grundsätze zur friedlichen Koexistenz“

1. Achtung vor den fundamentalen Menschenrechten und vor den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen.
2. Achtung vor der Souveränität und der territorialen Integrität aller Nationen.
3. Anerkennung der Gleichheit aller Rassen und der Gleichheit aller Nationen, ob groß oder klein.
4. Verzicht auf Intervention oder Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes.
5. Achtung vor dem Recht jeder Nation, sich allein oder kollektiv in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen zu verteidigen.
6. a) Verzicht auf Vereinbarungen über kollektive Verteidigung, die den besonderen Interessen irgendeiner der großen Mächte dienen; b) Verzicht jedes Landes darauf, auf andere Länder einen Druck auszuüben.
7. Enthaltung von Aggressionshandlungen oder -drohungen und von Gewaltanwendungen gegen die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit irgendeines Landes.
8. Regelung aller internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel wie Verhandlung, Versöhnung, Schiedsspruch oder gerichtlichen Regelung sowie durch andere friedliche Mittel nach eigener Wahl der Parteien in Übereinstimmung mit der Charta der

Vereinten Nationen. 9. Förderung der gegenseitigen Interessen und der Zusammenarbeit. 10. Achtung vor dem Recht und vor internationalen Verpflichtungen.

Unter diesen Prinzipien hatten in den letzten Jahren (die letzte noch im September 1998) eine Reihe von Balkankonferenzen in der Region stattgefunden. Offenbar mußten hier die imperialistischen Staaten eine Konkurrenz befürchten. Ihre Strategie war es daher, die beteiligten Staaten zu destabilisieren und aus diesem Balkanbündnis heraus zu brechen. Das ist in den letzten fünf Monaten gelungen. Vor allem in Rumänien und Bulgarien wurden Krisen initiiert, die zu Regierungsturz und EU-freundlichen Regimen führten, dies wurde für Albanien schon früher blutig geregelt. Innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien wurde nicht nur die Kosovoproblematik zur Destabilisierung genutzt. Die jugoslawischen Teilrepublik Montenegro wurde aus dem allgemeinen Handelsboykott gegen Jugoslawien herausselektiert. Gute Geschäfte konnten dann dort gemacht werden, und einige Leute konnten von dem Handel profitieren. Bei den letzten Wahlen in der Republik konnten dann diese Geschäftemacher die Regierungspositionen besetzen. Wieder ein Baustein mehr für den endgültigen Konflikt mit der Bundesrepublik Jugoslawien. Den Ausschlag für die militärischen Aktionen gab aber dann die Aufnahme von Ungarn, Polen und der Tschechischen Republik in die NATO. Das zielte u.a. vor allem gegen Rußland. Die NATO-Truppen rückten um mehrere hundert Kilometer an die russische Grenze heran. Die Bedrohung sollte in Rußland verstanden werden. Die herrschende Kompradorenbourgeoisie von Ungarn drängte es besonders eng an die NATO, grenzt das Land doch unmittelbar an den Kriegsgegner Serbien. Schon einige Zeit hat dort die NATO drei Stützpunkte in

Grenznähe zur Bundesrepublik Jugoslawien eingerichtet. Somit war Jugoslawien im wahrsten Sinne des Wortes umzingelt und der Angriff konnte beginnen.

Was ist nun das Kriegsziel?

So wie jetzt die Menschen im Kosovo aufeinandergehetzt wurden, ist klar, daß dort kein gemeinsames Zusammenleben von Serben und Albaner auf lange Zeit mehr möglich ist. Die NATO-Truppen werden dafür sorgen, daß der Kosovo von Serbien abgetrennt wird. Die UCK wird von der NATO mit schwerem Kriegsmaterial ausgestattet. Die Frage ist, welchen Status erhält der Kosovo. NATO-Generalsekretär

Landgericht Potsdam:

Wehrpflicht verfassungswidrig

Über ein bemerkenswertes Urteil berichtet die Berliner Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär. Gerade in der aktuellen Diskussion, wo die Bundeswehr an einem Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat beteiligt ist, ist die Feststellung des Gerichts, daß die aktuelle Sicherheitslage der Bundesrepublik keine Zwangsdienste notwendig mache, brisant geworden. Die Kampagne schreibt am 19.3. zum Urteil:

Das Potsdamer Landgericht hat heute im Prozeß gegen den totalen Kriegsdienstverweigerer Volker Wiedersberg das Verfahren ausgesetzt. Der Richter folgte dem Antrag des Angeklagten und seines Verteidigers W. Kaleck, die Verfassungsmäßigkeit der Wehrpflicht zu überprüfen.

Nach Ansicht der Strafkammer unter Vorsitz von Richter Braunsdorf ist die Wehrpflicht ein unverhältnismäßiger Eingriff in die persönliche Handlungsfreiheit des Wehrpflichtigen und daher verfassungswidrig. Weil die Sicherheitslage der Bundesrepublik seit 1989 das Festhalten an der Wehrpflicht nicht mehr erfordere, seien

ralsekretär Solana hatte mit Blick auf einige europäischen Regierung davor gewarnt, den Kosovo Albanien zuzuschlagen. Es gibt also dieses Vorhaben. Dieses größere Albanien wird dann Anziehungspunkt für die Albaner auch in Makedonien sein, die damit zur Destabilisierung auch dieser Nation genutzt werden können. Zu Anfang des Jahrhunderts gab es die mazedonische Frage. Bulgaren und Griechenland stritten um große Teile des heutigen Makedonien. Interessenten gibt es auch heute noch. Montenegro, wie schon oben erwähnt, ist eigentlich nur noch juristisch mit Serbien verbunden. Eine Schwächung von Serbien wird sicher zum Austritt aus der Bundesrepublik Jugoslawien genutzt, die damit dann hin wäre. Serbien wäre damit einer direkten Verbindung zur See beraubt, was Handel, Geschäfte, Gewinn und Unabhängigkeit enorm einschränkt. Nicht ausgeschlossen ist, daß sich Ungarn, nun gestärkt durch seine NATO-Mitgliedschaft, seiner ca. 300 000 „Volksgruppenmitglieder“ im nördlichen Teil Serbiens, der Voivodina, erinnert und sie „Heim ins Reich“ führen will.

Als Ergebnis des NATO-Krieges finden wir am Ende eine Reihe kleiner Staaten, für sich kaum lebensfähig, jedenfalls nicht in der Lage, unabhängig ihre Interessen zu vertreten. Es wäre nicht verwunderlich, wenn die EU dazu überginge, diesen halbsouveränen Staaten eine Mandatsmacht überzustülpen, die über diese Staaten die Kontrolle ausübt. Das Beispiel haben wir schon. In Bosnien wurde ein solches Mandat geschaffen. Ein überarbeitetes Modell werden wir dann für den ganzen Balkan wiederfinden. (hav)

die mit ihr verbundenen Eingriffe in die Persönlichkeit nicht mehr mit dem Grundgesetz in Einklang zu bringen. Das Landgericht Potsdam wird nun vom Bundesverfassungsgericht eine Überprüfung dieser Frage vornehmen lassen.

Die Wehrpflicht schränkt die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit, der Freiheit der Person, der Freizügigkeit und der Unverletzlichkeit der Wohnung ein. Dies könne nur gerechtfertigt werden, wenn eine Wehrpflichtarmee für die militärische Verteidigung der Bundesrepublik unerlässlich ist. Das ist in der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Situation jedoch nicht der Fall.

Dieser Beschluß wird sich nicht nur auf Verfahren gegen totale Kriegsdienstverweigerer auswirken, sondern auch auf die Diskussion um den Fortbestand der Wehrpflicht in der Bundesrepublik. Das Landgericht Potsdam erweist sich als fortschrittlicher als die rot-grüne Bundesregierung, die bisher zwanghaft an der Wehrpflicht festhält.

(Pressemitteilung der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, 19.3.99. Die Kampagne ist zu erreichen in der Oranienstraße 25, 10999 Berlin, Tel. (030) 61500530, Fax 61500529.)

Erklärung des Vorstands von Rifondazione comunista (PRC) vom 25.3.99

Nein zum Krieg der Nato

Der Krieg gegen Jugoslawien ist kein Krieg zur Verteidigung der Flüchtlinge und der legitimen Bestrebungen des Volks des Kosovo nach Autonomie und Demokratie. Es ist ein Krieg für die Nato, um die Hegemonie der Vereinigten Staaten über Europa zu bekräftigen und an die Stelle des internationalen Rechts das Gesetz des Dschungels zu setzen, ausgeübt vom neuen Weltgendarmen unter dem Sternenbanner, wobei die UNO delegitimiert wird. (...)

Die Entscheidung der Regierung D'Alema, Italien in den Krieg zu führen – sowohl durch Überlassung der Militärbasen als auch durch direkte Teilnahme mit eigenen Mitteln – zerreißt die Verfassung und macht aus unserem Land den Vorposten dieser Aggression und setzt es dabei Gegenmaßnahmen auch militärischen Charakters aus (...).

Die Partei der kommunistischen Neugründung appelliert an die demokratischen Kräfte,

an die Friedens- und Gewerkschaftsbewegung, damit „das Italien, das den Krieg als Instrument zur Lösung internationaler Streitigkeiten zurückweist“ (Art. 11 der Verfassung) sich hörbar macht und sich im ganzen Land in Bewegung setzt.

Wir fordern von der italienischen Regierung

- die Nutzung der USA- und Nato-Basen zu verweigern, die unverzügliche Einstellung der Bombardierungen zu fordern, die Überfälle zu verurteilen und vom Krieg Abstand zu nehmen,
- den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einzuschalten und dabei die Entsendung von Kofi Annan nach Belgrad zu fordern,
- von der OSZE zu fordern, unverzüglich das Beobachterkontingent in den Kosovo zu schicken, das nach dem Ultimatum von Clinton unerwartet zurückgezogen wurde, auch als konkrete Garantie für die Zivilbevölkerung,
- mit den anderen Ländern der Europäischen Union eine internationale Konferenz zu fördern über die Gesamtheit des Balkanraums und über dessen Integration in ein gemeinsames, multiethnisches und demokratisches Europa.

Italien

Streit um Beteiligung am Jugoslawien-Krieg

Italienische Einrichtungen spielen für den Nato-Luftkrieg gegen Jugoslawien eine entscheidende Rolle und funktionieren bislang ohne Einschränkung. Bei einer Regierungskoalition, die sich vor allem auf die Linksdemokraten (Ex-PCI) gründet, aber auch die Partei der italienischen Kommunisten (PdCI) und die Grünen einschließt, geht das nur mit politischen Manövern. So stellen sich die Äußerungen des Ministerpräsidenten D'Alema als ein Hin und Her zwischen Drängen auf diplomatische Lösungen und energischer Verfechtung der Nato-Aktionen dar. Und auch für die Debatte in der Abgeordnetenversammlung am 26. März galt: Auf der linken Seite wurden – bis in den linken Flügel der Regierungsmehrheit hinein – Vorbehalte gegen die Kriegsführung deutlich, aber Steine wurden ihr nicht in den Weg gelegt.

Der Antrag der Regierungskoalition, der mit 318 gegen 188 Stimmen verabschiedet wurde, enthielt zur Besänftigung der Linken zwar auch die Formulierung: „Die Abgeordnetenversammlung ... beauftragt die Regierung, sich mit den Nato-Verbündeten für eine Initiative einzusetzen, sofort die Verhandlungen wiederaufzunehmen und die Bombardierungen auszusetzen ...“. Aber wenn dieser Versuch bei den Verbündeten nicht ankommt? Dann verweigert die Kammer die Fortsetzung des Kriegs von italienischem Boden jedenfalls nicht. Die sofortige und bedingungslose Feuereinstellung wollte außer der oppositionellen Rifondazione comunista niemand fordern.

Auch die abgespaltenen Italienischen Kommunisten (PdCI) in der Regierung nicht. Ihr Präsident Cossutta kritisierte zwar: „Dieser Krieg läuft gegen die ita-

lienische Verfassung und selbst gegen die Regeln der Nato, nach denen man Krieg nur im Fall der Aggression gegen ein Mitgliedsland der Allianz führen darf. Europa wollte den Krieg nicht. Er wurde von den USA aufgezwungen.“ Im konkreten hat sich Cossutta auf die Forderung beschränkt, daß italienische Soldaten und Waffen nicht zum Einsatz kommen und möglichst rasch neue Verhandlungen aufgenommen werden sollen – und die Nutzung der italienischen Flughäfen und Einrichtungen ausgeklammert. Auf die Forderung des Rifondazione-Sekretärs Bertinotti, der Regierung die Unterstützung zu entziehen und eine Regierungskrise auszulösen, ging in der Regierungskoalition niemand ein.

Auf den unteren politischen Ebenen klingen viele Stellungnahmen anders, zum Beispiel Antikriegsproteste von Städten und Gemeinden. So forderte der Bürgermeister von Eboli (Provinz Salerno) die Einhaltung des Art. 11 der Verfassung, der den Krieg als Mittel der Konfliktlösung ächtet, die Einstellung der Bombardierungen und die Einberufung einer internationalen Balkankonferenz.

Eine ähnliche Abstufung auch bei den Gewerkschaften: Die Vorstände der drei Dachgewerkschaften nahmen regierungstreu Stellung und beschränkten sich auf die Forderung nach Rückkehr zur Diplomatie. Anstehende Streiks, z.B. im Transportwesen, forderten sie auszusetzen. Andererseits liegen zahlreiche Erklärungen von regionalen Gewerkschaftsvorständen, betrieblichen Vertretungen sowie Gewerkschaftsfunktionären vor, die die Kriegsführung verurteilen. (rok)

Strategiepapier ohne Kritik an Konzern- wirtschaft

In der Partei der Grünen häufen sich nach der Hessenwahl die Krisendiskussionen. Die Verluste von rot-grün sind in der Tat deprimierend. In Berlin etwa, wo im Oktober die CDU-geführte große Koalition durch einen rot-grünen Senat abgelöst werden soll, stürzte die SPD nach der jüngsten Umfrage (27.3.99) von 37% im Januar auf 29% ab, während die CDU mit 35% (plus 4%) wieder stärkste Partei wurde. Die Berliner Grünen fielen um 1% und liegen jetzt mit 12% zwei Punkte hinter der PDS (14%). Für rot-grün ergibt sich damit in Berlin statt 50% Zustimmung im Januar gerade noch 41%.

Sicher, die Umfrage ist nur eine Momentaufnahme. Aber was ist, wenn es so bleibt? Das rot-grüne Projekt für die Hauptstadt wäre dann mausetot – mit Folgen sicher auch für andere Metropolen. Auf dem Land und im Osten hat die Partei ohnehin nichts zu bestellen. Nicht wenige Grüne fürchten, daß ihre Partei bei den EU-Wahlen am 13. Juni nicht einmal die 5%-Hürde schafft. Für eine Partei, die vor 20 Jahren bei der Europawahl 1979 ihren bundespolitischen Durchbruch schaffte, ein beklemmendes Signal.

Bezeichnend für die zum Teil panikartigen Diskussionen in der grünen Partei ist ein Papier, das jetzt die Bundestagsfraktion am 23. März beschlossen hat. Überschriften mit „Initiative für Investitionen, Arbeit und Umwelt“ soll es ein „Strategiepapier“ für Regierungs- und Fraktionsarbeit in Bonn aus grüner Sicht sein. 17 sogenannte „Realos“ der Fraktion haben es unterschrieben.

Die „Strategie“, die die Unterzeichner vorschlagen, besteht im wesentlichen darin, daß die Grünen die in den letzten Jahren ohnehin in der Partei immer schwächer gewordene Konzernkritik – Kritik an Weltmarktexpansion, an Unterordnung der ganzen Gesellschaft unter privates Gewinnstreben, an Zwangsarbeit, an Beschädigung von Mensch und Natur, Eintreten für „alternatives“ Wirtschaften und Genossenschaften gänzlich abstoßen und sich zu einer „Öko-F.D.P.“ wandeln soll. Im Widerspruchsfeld zwischen Eigentum und Arbeit solle sich die Grüne Partei praktisch vollständig auf Seiten des Eigentums stellen.

Das beginnt schon mit der Beschreibung der angeblichen Ausgangslage. „Die Gerechtigkeitslücke der Kohl-Ära ist teilweise geschlossen worden“, behaupten die Unterzeichner. Angesichts der extremen Konzentration von Reichtum in immer weniger privaten Händen in 16 Jahren Kohl, des Anstiegs von Wohnungslosigkeit, Arbeitslosigkeit und Armut und der geringen Korrekturen, die

rot-grün bisher hier vorgenommen hat, ist diese Diagnose eine – vorsichtig gesprochen – erstaunliche begrenzte Wahrnehmung von Wirklichkeit.

Wenn dann noch angekündigt wird, die grüne Fraktion wolle sich künftig auch „unbequemen Fragen“ nicht verschließen, läßt das Schlimmes befürchten. Und so geht es Schlag auf Schlag weiter: Zum „Bündnis für Arbeit“ sollen nach Meinung der Grünen „der Mittelstand und die Freien Berufe“ miteinbezogen werden. Unternehmenssteuern und Spitzensteuersatz sollen weiter gesenkt werden, der Spitzensteuersatz „am besten“ auf 45%. Weitere Steuersenkungen für Familien mit niedrigen Einkommen scheinen für die Partei nicht mehr interessant. Direkt polemisieren die Verfasser gegen Industrie- und Handelskammern und Berufsgenossenschaften. Die „Zwangsmitgliedschaft der Gewerbetreibenden“ in diesen Verbänden müsse beendet werden und fordern „Freiheit bei der Auswahl der Berufsgenossenschaft“. Berufsgenossenschaften sind bis heute die einzige gesetzliche Versicherung, bei der die Unternehmen die Kosten von (anerkannten) Berufskrankheiten und betrieblichen Unfällen für ihre Beschäftigten ganz aus der eigenen Tasche zahlen müssen. Seit Jahrzehnten geht deshalb der Streit fast nur darum, ob und welche Krankheiten, Unfälle etc. von abhängig Beschäftigten als „berufsbedingt“ bzw. „arbeitsbedingt“ anerkannt werden. Wenn jetzt die Grünen für Gewerbetreibende die „freie Wahl der Berufsgenossenschaft“ fordern, so dokumentiert das eine extreme Ignoranz für die Probleme von abhängig Beschäftigten. Entsprechend geht es weiter. Unter „Neue Impulse für den Arbeitsmarkt“ ertönt das alte Unternehmerlied, die Gewerkschaften sollten Lohnverzicht zugunsten der Arbeitslosen üben, als neueste grüne Erkenntnis. „Die Solidarität des Bündnisses für Arbeit bewährt sich an der Haltung zu den Arbeitslosen. Nur so wird es zum Bündnis für Gerechtigkeit.“ Vor allem im Niedriglohnbereich wollen die Grünen neue Arbeitsplätze schaffen helfen, „und zwar zwischen Einkommen von 630.- DM (Teilzeitmauer) und 1.250.- DM (Steuergrenze)“. Dabei soll ein mit steigendem Einkommen sinkender „Zuschuß zu den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber“ helfen. Langzeitarbeitslose sollen, wenn sie Arbeit annehmen, ihr Einkommen im ersten Jahr nur zur Hälfte auf Arbeitslosen- oder Sozialhilfe angerechnet bekommen: „Diesen neuen Angeboten für Arbeitslose werden aber auch Pflichten gegenüberstehen, diese Angebote anzunehmen“. Wer länger als ein Jahr arbeitslos ist, dürfte künftig vor keiner Zumutung hinsichtlich Wohnungswechsel und Arbeitsaufnahme mehr geschützt sein. Irgendwelche Gedanken zur Förderung alternativer Wirtschaft, womöglich alternativer Genossenschaften sucht man in dem ganzen Pa-

pier vergebens. Bei der Ökosteuer hoffen die Grünen auf weitere Schritte noch in dieser Legislaturperiode. Sie wollen die Sozialbeiträge um 2,4% senken und schlagen vor, wegen der im EU-Vergleich eher geringen deutschen Benzinpreise dieses künftig stärker zu besteuern, Strom dagegen weniger stark. Beide Absichten dürften schon am SPD-Koalitionspartner scheitern. Unter „Renten- und Gesundheitsreform“ ist den grünen Abgeordneten nicht viel neues eingefallen. Immerhin schreiben sie: „Die Rentenreform muß zu einer armutsfesten Alterssicherung führen“, und: „Das Leben mit Kindern muß finanziell entlastet werden“. Wie aber das eine und das andere erreicht werden soll, sucht man vergebens. Statt dessen findet man Weisheiten, die auch von BDI-Chef Henkel stammen könnten: „Die soziale Absicherung von Risiken darf jedoch nicht dazu führen, daß die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gefährdet wird.“ „Wir können uns nur das leisten, was wir finanzieren können.“

Mal raten, was unter „Tarifpolitik“ kommt? Richtig! Die Grünen wünschen „Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften“. Im letzten Kapitel „Finanzierung“ klagen die Verfasser über das Verfassungsgerichtsurteil zur steuerlichen Berücksichtigung des Lebens mit Kindern und suchen nach Wegen, die finanziellen Folgen des Urteils zu begrenzen. Das Gericht „berücksichtigt den Unterhaltsaufwand für Kinder“ nur „im Rahmen der horizontalen Steuergerechtigkeit“, kritisieren sie. Auf deutsch: Wem heute Kinder Kosten machen, der hat später im Alter ja auch die höhere Rente. In ihrer Not greifen die grünen Politiker dann zum Mittel der einfachen (Not-)Lüge: „Direkte Kindergeld erhöhungen“ seien zwar die „gerechteste Lösung im Vergleich zu Freibeträgen“, aber auch die teuerste, behaupten sie. Stimmt zwar nicht, aber die Absicht ist klar: Wie auch immer die Reform von Familienbesteuerung und Kindergeld aussehen wird, die Entlastung soll bis weit in mittlere Einkommenszonen hin eher ansteigen und dann vielleicht ein wenig fallen. Auf jeden Fall: „Wir Grünen setzen uns für eine einschneidende Haushaltskonsolidierung ein“. Spätestens hier kündigt sich ein rot-grüner Sozialabbau an, der schon nach den nächsten Steuerschätzungen und bei den Beratungen um den Haushalt 2000 konkret werden wird. In welchem Wählerfeld die grüne Partei durch eine solche Strategie gewinnen soll, ist das Geheimnis der Verfasser. Durch Übernahme von F.D.P.-Positionen um die ohnehin geringen Stimmen aus dem Mittelstand zu werben, kann keinen Erfolg bringen. Zumal die Wähler vermutlich in einem solchen Fall das gelbe Original der grünen Kopie vorziehen werden. *rül*

Quelle: Initiative für Investitionen, Arbeit und Umwelt, von der Fraktion von B90/Die Grünen im Bundestag am 23.3.99 beschlossen.

Wird Haider koalitionsfähig?

Nach seinem Erdrutsch-Erfolg bei den Landtagswahlen in Kärnten will Jörg Haider Landeshauptmann werden – vorerst einmal. Seine deutschnationale Freiheitliche Partei (FPÖ) legte bei den Wahlen am 7. März um 8,79 Prozent zu und wurde mit 42,1 Prozent stärkste Partei im Land. Klare Wahlverlierer waren die sozialdemokratische SPÖ (32,87 Prozent, minus 4,5 Prozent) und die konservative Österreichische Volkspartei (20,75 Prozent, minus 3,04 Prozent), die bislang in Kärnten und auch auf Bundesebene in einer großen Koalition regieren.

Als Wahlverlierer muß auch das Bündnis „Demokratie 99“ bezeichnet werden, in dem sich zwei grüne Gruppierungen, die von der FPÖ abgespaltenen Sozialliberalen und die Einheitsliste der slowenischen Minderheit zusammengeschlossen haben. Es kam lediglich auf 3,92 Prozent und verfehlte den Einzug in den Landtag. Schwerpunkte des Wahlkampfes waren die Forderung nach der „Demokratisierung Kärntens“ und ökologische Themen. In Kärnten führt das Wahlrecht dazu, daß für ein Mandat zwischen 8,5 und 11 Prozent erforderlich sind. Die KPÖ Kärnten trat erstmals nach zehn Jahren wieder zu Landtagswahlen an und erzielte 0,4 Prozent. Ein Versuch, sich am Bündnis „Demokratie 99“ zu beteiligen, war am Widerstand aus den Reihen des Bündnisses gescheitert. Im Mittelpunkt des Wahlkampfes der KPÖ als „gesellschaftsverändernde sozialistische Kraft“ standen „die Rechte und Würde der arbeitenden Menschen“ und Maßnahmen gegen die drohende Rechtsentwicklung.

Die FPÖ hatte ihren Wahlkampf hauptsächlich mit sozialen Themen bestritten, in Sachen Ausländerhetze hielt man sich betont zurück. Ein Konzept, das aufging. Laut Wahlforschern erhielt die FPÖ mit 26 000 Stimmen den Löwenanteil ihres Zuwachses von vormaligen SPÖ-Wählern. Der SPÖ gewann umgekehrt lediglich, 2000 Wähler, die bei den Landtagswahlen 1994 für die Freiheitlichen gestimmt hatten, für sich.

Haider erklärte im Wahlkampf unter anderem, er wolle für Steuersenkungen und mehr Geld für Familien sorgen, kündigte eine Initiative zur Senkung der Mieten in Genossenschaftswohnungen und zur Verringerung der Strompreise an. Er wolle dafür sorgen, daß kein Jugendlicher länger als sechs Monate arbeitslos wäre. Finanziert werden sollen diese Maßnahmen mit Privatisierungen.

Die ÖVP beginnt nach Haiders Wahlsieg offensichtlich, auf Distanz zu den Sozialdemokraten zu gehen. Da die Kärntner Konservativen den sozialdemokratischen Landeshauptmann-Kandidaten nicht wählen werden, ist die Wahl Haiders zum Landeshauptmann mehr als wahrscheinlich. „Wir werden keinen der beiden Kandidaten bei der

konstituierenden Landtagssitzung aktiv unterstützen“, äußerte sich der ÖVP-Obmann Christof Zernatto. Ebenso wenig wolle man eine Blockade der Landeshauptmann-Wahl herbeiführen. Die „endgültige Haltung“ der ÖVP im ersten Wahlgang der Landeshauptmann-Wahl werde am 6. und 7. April bei einer zweitägigen erweiterten Klausur festgelegt, die beide Parteien durchführen. Inzwischen haben sich FPÖ und ÖVP auch auf eine Referatsaufteilung in der Landesregierung geeinigt, die ebenfalls am 6. und 7. April abgesegnet werden soll. Damit ist klar, daß die ÖVP keine Neuaufgabe der Großen Koalition will, eine Haltung mit deutlicher Signalwirkung in Richtung Wien. Am 3. 10. dieses Jahres finden in Österreich Nationalratswahlen statt.

Der SPÖ-Klubobmann (Parteivorsitzender) Peter Kostelka hat die ÖVP scharf kritisiert. Er sehe bei den Konservativen intensive Spekulationen in Richtung einer Koalition mit der FPÖ. Avancen in Richtung FPÖ seien, so Kostelka, in erster Linie in den Ländern zu registrieren. (...) Es stelle sich grundsätzlich die Frage, so Kostelka, ob Österreich eine Regierung brauche, die „mehr NATO“, aber „weniger Pensionen“ wolle, und die keine „emanzipatorische Frauenpolitik“ betreiben werde. Die Fortsetzung der Großen Koalition bleibt für den SPÖ-Obmann „eine der Möglichkeiten“. Darüber könne man aber erst dann genaueres sagen, wenn am Wahlabend des 3. Oktober die Ergebnisse vorliegen. Als sicher gilt, daß Haider Kärnten lediglich als Aufmarschgebiet Richtung Wien diene. Er will mehr als nur den Posten des Landeshauptmanns. jüg

Quellen: Profil, APA. Gekürzt

Gute Gründe für Zusammenarbeit mit der tschechischen Friedensbewegung

NATO-Osterweiterung

Am 13. März 1999 wurden in Independence (USA) Tschechien, Polen und Ungarn als neue Vollmitglieder in die NATO aufgenommen. „Als die US-Außenministerin Madeleine Albright vom tschechischen Außenminister Jan Kavan die Nato-Beitrittsdokumente übernahm, da war die Symbolik nicht zu übersehen,“ schrieb dazu die Süddeutsche Zeitung. „Die Väter beider Politiker, Tschechen jüdischer Herkunft, waren 1939 vor den Nazis nach Lodon geflüchtet.“ (SZ, 16.3.99) In allen Reden zum NATO-Beitritt wurde dieser als Garantie gegen eine erneute Besetzung Tschechiens durch eine ausländische Macht gepriesen. Erinnert wurde an die deutsche Besatzung 1938/39 – 1945 und an den Einmarsch von Truppen des Warschauer Bündnissystems im August 1968.

Während die deutsche Gefahr als gebannt dargestellt wurde – Tschechien und Deutschland seien nunmehr Verbündete –, wurde die russische Gefahr, mangels glaubwürdiger Bedrohungsargumente, unter Aufbietung allzeit verfü-

barer antikommunistischer Emotionen beschworen. Fiel dabei niemandem auf, daß Tschechien gerade dabei war, einem Bündnissystem beizutreten, das seinen Verbündeten das Recht einräumt, diese sogar verpflichtet, im Falle einer Systembedrohung durch eine breite (diesmal antikapitalistische) Volksbewegung zu intervenieren – zwecks „Verteidigung von Demokratie und Marktwirtschaft“?

Aber bleiben wir noch bei dem ersten Punkt. Die NATO als Garant von Frieden und Sicherheit? Tatsache ist, daß Tschechien durch seinen Beitritt in den Krieg der NATO gegen Jugoslawien hineingezogen wird, ein Land, mit dem es traditionell freundschaftliche Beziehungen pflegt. (...) Mit der NATO-Osterweiterung, so wird weiter argumentiert, werde die Spaltung Europas endgültig überwunden. Gehören Weißrußland und die Ukraine, gehört Rußland nicht zu Europa? „Deutschland ist jetzt kein Frontstaat mehr“, freute sich der deutsche General Klaus Naumann, Vorsitzender des NATO-Militärausschusses. Die Front ist nach Osten vorgerückt. Das zeigt sich auch in den Kommentaren anlässlich des Beitritts, wonach Tschechien und die anderen beigetretenen Mitglieder nun ihre nach Westen gerichteten Verteidigungsanlagen abbauen und sie nach Osten ausrichten müssen. Naumann forderte von der Tschechischen Republik eine Verfassungsänderung, um NATO-Truppen auf tschechischem Boden stationieren zu können. Das ist derselbe Naumann, der 1992, als er noch Bundeswehrgeneral war, für den damaligen Verteidigungsminister Volker Rühe die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ schrieb. Die wurden zwar nie vom Parlament diskutiert, gelten aber immer noch. Und in ihnen steht sehr deutlich, daß die deutschen Militärs auch in Rußland „Demokratie und Marktwirtschaft verteidigen“ möchten, falls die Entwicklung dort nicht nach den Wünschen des deutschen Monopolkapitals verlaufen sollte. Entsprechende Beschlüsse in NATO und EU werden sich, auch wenn die USA bzw. ein Teil der EU-Partner nicht mitziehen, einfacher durchsetzen lassen nach der Erreichung von zwei erklärten Zielen der Bundesregierung: der „Stärkung der europäischen Verteidigungsidentität“ im Rahmen der NATO und der Beschlußfassung per Mehrheitsbeschluß statt Einstimmigkeit bei Entscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU. Die Rußlandpolitik ist der erste Bereich, den die Bundesregierung möglichst schnell auf diese Weise „vergemeinschaften“ will. In diesem Zusammenhang sei auch daran erinnert, daß die Osterweiterung der NATO von Rühe und Naumann seit 1993 betrieben wurde, unmittelbar nach Erlaß der „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ und zunächst gegen die Wünsche der USA.

Renate Hennecke

Quelle: Deutsch Tschechische Nachrichten Nr. 6, gekürzt.

Waffenstillstand! Politische Lösung!

Erklärung aus der Haft / Proteste gegen MED-TV-Verbot

Der inhaftierte PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan hat in einer am 18. März von seinen Anwälten verbreiteten Erklärung den lange vor seiner Entführung eingeschlagenen Kurs der PKK auf eine politische Lösung der kurdischen Frage bekräftigt. Er rief die EU auf, den Beschluß des EU-Parlaments vom 25. Februar, in dem sich dieses für eine politische Lösung und eine internationale Kurdistankonferenz ausgesprochen hatte, zu verwirklichen. Indirekt plädiert der PKK-Vorsitzende in der Erklärung dafür, den einseitigen Waffenstillstand der kurdischen Guerilla bis nach den Wahlen zum türkischen Parlament am 18. April beizubehalten. Bei diesen Wahlen erhofft sich die prokurdische HADEP trotz heftiger Verfolgung einen Wahlsieg in den kurdischen Gebieten, d.h. Bürgermeister- und Stadtratsämter und mehrere Parlamentssitze. Die Fortsetzung des Eintretens für eine politische Lösung habe, so Öcalan, „nichts mit meiner Gefangenschaft oder Freiheit zu tun. Dies ist ein konkreter Ausdruck des langjährigen Verständnisses der PKK von einem demokratisch-friedlichen politischen Ausgleich.“ Andere Auffassungen auf kurdischer Seite, die dies ignorieren, seien „nicht akzeptabel“, so Öcalan wörtlich. Die vollständige Erklärung des PKK-Vorsitzenden ist im nächsten „Kurdistan-Rundbrief“ dokumentiert.

Distanz zu „Rache Kräften“, keine Angriffe auf Zivilisten

Ähnlich deutlich hatte sich wenige Tage vorher der ARGK-Kommandeur Osman Öcalan über Anschläge sog. „Nationalistischer Kurdischer Rache Kräfte“ in Istanbul und anderen Städten in jüngster Zeit geäußert. Diese Aktionen, die nach der Regel „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ vorgenommen würden, hätten Angriffe auf Zivilisten umfaßt, und auch nichts mit der PKK zu tun. „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ ist, so Öcalan wörtlich, „eine islamische Erklärung. Wie ihr wißt, ist unsere Partei eine sozialistische Partei. Wir können keine Antwort im Sinne von ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn‘ geben. Wir bestehen darauf, daß keine Konzessionen von unserer Parteilinie gemacht werden.“

Es sei erkennbar, daß einige Menschen die Kriegsführung der PKK für unzureichend hielten. „Deshalb gründen einige selbst Organisationen“. Die PKK werde diese Leute nicht bekämpfen, ebenso wenig wie Leute, die gar keinen bewaffneten Kampf führen wollten. „Wir haben auch vor ihnen Respekt. Wir erklären, daß wir weder hinter ihnen stehen, noch

gegen sie sind.“ Die PKK aber werde ihre Linie nicht ändern: „Die ARGK wird keine Zivilisten angreifen. Unsere Partei, die unsere Armee – die ARGK – führt, kann nicht akzeptieren, daß Zivilisten in diesem Krieg zu Schaden kommen. Aktionen, die sich gegen historische Einrichtungen und die Natur richten, werden nicht zugelassen.“

Die „Kurdischen Rachebrigaden“ hatten sich kürzlich auch zu dem Anschlag auf ein Kaufhaus in Istanbul bekannt, bei dem 12 Menschen zu Tode kamen, die meisten Beschäftigte im Kaufhaus.

Der Prozeß gegen Öcalan zieht sich derweil weiter hinaus. Ein schon vor dem Kidnapping des PKK-Vorsitzenden eröffnetes Verfahren gegen ihn wurde kürzlich auf den 30. April vertagt. Für das Hauptverfahren gegen den PKK-Vorsitzenden ist noch nicht einmal eine Anklageschrift da, geschweige denn ein Prozeßtermin.

Keine jüdisch-kurdische Feindschaft

In Europa gehen derweil kurdische Kreise und vereinzelte jüdische Sprecher gegen Versuche vor, die von den israelischen Sicherheitskräften in Berlin getöteten Kurden für die Schürung jüdisch-kurdischer Feindschaft zu instrumentalisieren. Die PKK hatte seit ihrer Gründung sorgfältig darauf geachtet, sich nicht in die israelisch-palästinensischen Konflikte hineinziehen zu lassen – im Libanon oft keine leichte Sache. Erst seit dem Militärabkommen der Türkei mit Israel hatte sie zu Recht diese Allianz scharf kritisiert. Nach der kurdischen Aktion gegen das Generalkonsulat hatte es dann in Berlin kurdisch-israelische Gespräche gegeben, um die Situation zu entspannen, die in der Türkei sofort auf scharfe Kritik stießen. Ein türkischer Regierungssprecher warnte Israel öffentlich, ein Ausbrechen aus dem Bündnis mit Ankara werde schwerwiegende Folgen haben.

Am 11. März unterstrich nun Uri Avnery, Sprecher der israelischen Friedensbewegung „Gush Shalom“, auf einer Pressekonferenz in Bonn für die Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan / Frieden in Kurdistan“ seine Unterstützung für die kurdischen Anliegen: „Als Mensch und Israeli fühle ich mit den Kurden verbunden. Sie, die Kurden, sind heute in derselben Situation wie die Juden vor 50 Jahren – sie sind auf sich gestellt und kein einziger Staat ist an ihrer Seite. Es geht um grundsätzliches. Jeder Mensch hat das Recht auf Anerkennung seines Volkes. Deswegen kritisiere ich die NATO und mein eigenes Land, Israel, weil sie sich in der Kurdenfrage falsch

verhalten.“ Auch Mandela habe sich immer geweigert, gegenüber der burischen Regierung eine Gewaltsverzichtserklärung zu unterzeichnen. Öcalan werde dies auch nicht tun. „In Israel sind wir dabei, eine Organisation zu gründen, die für ein Freies Kurdistan arbeiten und kämpfen wird. Der israelische Staat soll keine Waffen zur Verfügung stellen, die gegen die Kurden eingesetzt werden.“

Eine Woche später trat in München ein „jüdisch-kurdischer Gesprächskreis“ an die Öffentlichkeit. Die 19 Unterzeichner, darunter der Schriftsteller und Mitglied des kurdischen Exilparlaments, Haydar Isik, und mehrere jüdische Unterzeichner, erklären darin u.a.: „In den Medien und der öffentlichen Debatte ergänzen sich zunehmender Antisemitismus und antikurdische Hetze. Offensichtlich besteht ein Interesse daran, die kurdische und jüdische Bevölkerungsgruppe gegeneinander aufzubringen und einen friedlichen Dialog zu verhindern. Dagegen erklären wir: Es gibt keinen Grund für eine jüdisch-kurdische Gegnerschaft.“ Die Unterzeichner „verteidigen das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und deren Recht auf einen eigenen Staat“.

(Die vollständigen Erklärungen sind im „Kurdistan-Rundbrief“ Nr. 6/99 dokumentiert.)

MED-TV verboten – für immer?

Im kurdischen Fernsehen konnten diese jüngsten Erklärungen nur noch zum Teil dokumentiert und ausgestrahlt werden. Denn seit dem 22. März ist MED-TV in London und Brüssel stumm. Die britische Aufsichtsbehörde ITV entzog dem Sender – vorläufig für 21 Tage – die Sendelizenz. Der türkische Druck und die diesbezüglich eindeutigen Unterstützungserklärungen auch von deutscher Seite (Bundesinnenminister Schily, der grüne Abgeordnete Özdemir und Hamburgs Innensenator Wrocklage) haben den einzigen kurdischen Sender weltweit stumm gemacht. Ob er nach den 21 Tagen seinen Betrieb wieder aufnehmen kann, ist sehr zweifelhaft. Zahlreiche kurdische Stellen, der Bundesvorstand der IG Medien, die beiden kurdischen Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus Riza Baran (Grüne) und Gıyas Sayan (PDS) u.a. haben gegen die Schließung des Senders protestiert. Zu befürchten ist derzeit, daß die europäische Politik dem kurdischen Volk noch nicht einmal seinen Sender bereit ist zu lassen. Der Genozid in der Türkei soll ohne Zeugen ablaufen, scheint das gemeinsame Ziel der türkischen und der NATO-Politik in der kurdischen Frage zu sein. Dagegen richtet sich eine kurdische Großdemonstration, die am 17. April in Bonn stattfinden soll. Der Aufruf und weitere Infos dazu sind bei der „Internationalen Initiative – Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“ in Bonn, Tel. 0228/9168-207, Fax 0228-9168-417 zu erhalten.

riil



Anti NATO-Aktionen in Moskau

Kroatien: Deutschen Banken drehen Geldhahn zu

Seit Monaten schwelt ein Streit zwischen acht deutschen Kreditinstituten und der kroatischen Regierung, um die Rückzahlung eines 250 Millionen DM Kredit für die Pleite gegangenen kroatischen „Glumina Banka“. Die acht deutschen Institute, darunter die Commerzbank, die Bayerische Landesbank und die Hypo-Vereinsbank, hatten von der kroatischen Regierung die Rückzahlung der ausschließlich zur Handelsfinanzierung gewährten Gelder mit dem Hinweis gefordert, daß die Regierung ihnen hierfür eine „informelle Garantie“ erteilt habe. Die deutschen Banken warfen der kroatischen Regierung ein Versagen der Bankenaufsicht vor. Mehrere Briefe der deutschen Banken mit Kopie an Staatschef Tudjman seien ohne Antwort geblieben. Die Deutschen hatten darauf den Kroaten gedroht, den Geldhahn zuzudrehen. Dazu schreibt die FAZ: „Ein offenes Zerwürfnis aber kann sich Zagreb kaum leisten, da der deutsche Kapitalmarkt der vermutlich wichtigste Kreditgeber für Kroatien ist ... Auch andere große deutsche Kreditinstitute, die nicht in den erwähnten Streit verwickelt sind, bekunden derzeit Zurückhaltung im Kroatien-Geschäft.“

Kosovo: CIA-Agenten im Einsatz

In der serbischen Zeitung „Politika“ vom 23. 1. 1999 wurde der Geschichte des Vorsitzenden der OSZE-Truppe nachgegangen, die vor dem Kriegseinsatz im Kosovo stationiert war. Es handelt sich um William Walker. Die Nachforschungen scheinen zu bestätigen, daß die Gruppe um Walker die UCK ähnlich wie die Kounterguerilla in Südamerika aufgebaut hat, um die jetzigen Kriegslage systematisch vorzubereiten. Wir dokumentieren in Auszügen den Artikel aus „Politika“: Seine diplomatische Laufbahn startete Walker 1961 in Peru. 1985 wurde er zum stellvertretenden Sekretär für

Zentralamerika ernannt. Während der Reagan-Ära war er Hauptspieler in den Operationen des Weißen Hauses beim Sturz des Regimes in Nikaragua. Diese Operation wurde von Oberst Oliver Nort und dem stellv. Staatssekretär Eliot Abrams geleitet. Walker war Sondermitarbeiter Abrams, wovon die Anklageschrift zeugt, die der unabhängige Ankläger Laurence Volly vor einem amerikanischen Bezirksgericht einleitete.

Auf Grund der Gerichtsprotokolle wurde Walker für die Organisation einer verlogenen humanitären Operation im Luftwaffenstützpunkt Ilopango im Salvador verantwortlich gemacht. Diese Base wurde für geheime Waffen- und Munitionslieferung sowie für Versorgung von Kontras, die Nicaragua angegriffen haben, mit Lebensmitteln genutzt. Der unabhängige Ankläger Volly glaubte, daß Walker einer der Schlüsselleute in den Operationen Oliver Nort war, wovon das Gerichtsprotokoll zeugt.

Später, im Zeitraum 1988–1992, war Walker amerikanischer Botschafter in El Salvador. Das war die Zeit, in welcher militärische Todesabteilungen schalteten und walteten.

Einige Jahre später, am 6. Mai 1996, war Walker führende Figur an den Feierlichkeiten zu Ehren von 5000 amerikanischen Soldaten, die in El Salvador geheim kämpften. In der Zeit, als Walker Botschafter war, lautete die offizielle Version, daß in El Salvador nur 50 amerikanische Militärberater tätig seien („Washington Post“, 6. Mai 1996). Durch seinen Einsatz unterstützt er diesmal die „Befreiungsarmee Kosovos“ als andere Kontras.

US Senator: Waffen für die UCK

Was in der serbischen Zeitung schon im Januar angedeutet war, ist nun brandaktuell. Der Vorsitzende des Senatsausschusses für Außenbeziehungen, der Republikaner und Kuba-Fresser Jesse Helms, unterbreitete in der „Washington Post“ den Vorschlag, das „faschistische

Regime“ in Jugoslawien zu stürzen. Milosevic sei ein „Paria, der das Wort ‚Genozid‘ fast eigenhändig wieder ins europäische Vokabular eingeführt hat“, meinte er. Helms Vorschlag im Senat: 100 Millionen Dollar für einen Aufstand in Serbien und für den Sender Radio Free Europe zur „Entfernung Milosevics“. Die Idee klang selbst in den Ohren von moderat geltenden US-Senatoren gar nicht so abwegig. Da ihnen die letzte Konsequenz – die Entsendung von US-Bodentruppen – zu kostenträchtig scheint, stellten die Senatoren Lieberman, ein Demokrat, und McConnell, ein Republikaner, ihren Gesetzentwurf vor, demzufolge 25 Millionen Dollar für Waffen direkt an die Kosovo-Albaner ausgezahlt werden sollen. Clinton hatte wenige Stunden vorher selbst kryptisch gesagt, seiner Ansicht nach seien Bodentruppen nach Beendigung der Luftangriffe nicht notwendig. Die Kosovo-Albaner könnten sich schon bald „selbst schützen“.

Rifondazione comunista: Suche nach Antworten in kritischer Lage

Der 4. Parteitag von Rifondazione comunista vom 18. bis 21. März in Rimini galt als der schwierigste in der Parteigeschichte. Im Herbst 1998 war Rifondazione aus der Regierung ausgeschieden bei gleichzeitiger Abspaltung der Partei der italienischen Kommunisten (PdCI), die in der Regierung verblieben war. Die Einschätzung der Situation der gesamten Linken wie der eigenen Partei im Bericht des Sekretärs Bertinotti war kritisch: Immer stärker setzten die kapitalistischen Unternehmen ihre Interessen als Maßstab der Politik durch und erstmals gehe es heute einer Arbeitergeneration wieder schlechter als ihren Eltern. In dieser Lage klafften objektive Anforderungen an die und subjektive Antworten der Linken immer weiter auseinander. Auch neue theoretische Antworten seien nötig. So stehe heute nicht mehr einfach der „Arbeiter“ im Mittelpunkt, sondern gesellschaftliche Entwicklungen wie prekäre Beschäftigung, Scheinselbstständigkeit usw. machten eine neue Bestimmung der Subjekte nötig. Bertinotti schlug vor: „vom Kapital Abhängige“.

Auch bei den politischen Schwerpunkten wurde eine Verschiebung deutlich. Stand in den vergangenen Jahren Arbeitszeitverkürzung im Mittelpunkt, so wird jetzt wieder die Lohnfrage – „Niedriglöhne in großen gesellschaftlichen Bereichen“ – ins Zentrum gerückt; auch eine Reaktion auf ausgebliebene Erfolge und unerwartet schwachen Anklang der Arbeitszeitverkürzungspolitik. Für künftige Wahlen – Kommunalwahlen, Wahl des Staatspräsidenten – schlägt Rifondazione eine Erneuerung des Bündnisses von 1996 an, mit dem seinerzeit ein Antreten der Linken gegeneinander vermieden wurde. *rok*

Zusammenstellung: hav



HAMBURG. Etwa 100 Personen demonstrierten am 20.3. vor der JVA Fuhlsbüttel, Santa Fu. Anlässlich des 18. März, dem Internationalen Tag der politischen Gefangenen, hatte ein Bündnis aus Organisationen verschiedener politischer Spektren zu einer Soli-Knastkundgebung

aufgerufen. Der Sprecher der Roten Hilfe ging in einem Redebeitrag auf die historische Bedeutung dieses Tages ein und setzte sich für die Freilassung der derzeit 400 politischen Gefangenen in der BRD ein. Die Kundgebung wurde von den etwa 60 einsitzenden kurdischen

Gefangenen begeistert begrüßt. Transparente mit dem Bild des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und Mazlum Dogan, der sich aus Protest gegen die schlechten Haftbedingungen selbst verbrannt hatte, hingen aus den Zellenfenstern. *Quelle: Lokalberichte Hamburg*

Essenspakete: Flüchtlingsrat stellt Strafanzeige gegen den Freistaat

MÜNCHEN. Der Wert eines Essenspakets muß nach den Vorschriften des Asylbewerberleistungsgesetzes 260 DM betragen, tatsächlich entspricht er in Bayern aber nur etwa 200 DM. Der bayerische Flüchtlingsrat stellt deshalb Strafanzeige wegen Betrugs gegen den Freistaat Bayern und die Regierung von Oberbayern. Beide Ebenen hätten seit Jahren bei der Auftragsvergabe den Logistik- und Verwaltungsaufwand der Lieferfirmen auf die Flüchtlinge abgewälzt und diese damit wissentlich und systematisch betrogen. „Die eigentliche Ursache des Problems liegt aber in diesem Fall nicht an der bayerischen Mehrheitspartei und ihren Helfershelfern in den Amts- und Verwaltungsstuben“, so Christian Wunner, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrates. „Die Bestimmungen des Asylbewerberleistungsgesetzes lassen für die Menschenwürde keinerlei Spielraum übrig. Die rotgrüne Bundestagsmehrheit kann und muß dieses rassistische Sondergesetz endlich abschaffen. Gleiches Recht für alle!“, so Wunner.

PE Bayerischer Flüchtlingsrat, 22.3.99

Internationaler Protest in Verdun gegen geplantes Atommüllendlager

SAARBRÜCKEN. Am Sonntag, 22. März, fand in Verdun eine Demonstration mit 2000 TeilnehmerInnen gegen das im 60 km entfernten Bure geplante Endlager statt. Auch die deutsche Anti-AKW-Bewegung, darunter eine saarländische Delegation, unterstützte den Protest. Schon am Samstag hatten AtomkraftgegnerInnen aus Frankreich, Deutschland, den Niederlanden, England und Japan auf einer Konferenz den Widerstand diskutiert. Es wurde eine engere Zusammenarbeit beschlossen. Beispielsweise wird an der deutsch-französischen Grenze in Perl-Apach am 25.4.1999 zum 13. Jahrestag der Reaktorkatastrophe Tscherno-

byl die grenzüberschreitende Aktion „Gib Stoff – mach mit beim längsten Anti-Atom-Transparent der Welt“ stattfinden. Nach den Plänen der französischen Regierung soll in Bure ab Herbst das erste atomare Endlager in Europa gebaut werden. Ab dem Jahre 2006 soll die Lagerung hochradioaktiven Abfalls in 500 m Tiefe in einer Lehm-Ton-Schicht erfolgen. Nach Meinung der Anti-AKW-Bewegung ist nicht auszuschließen, daß dort aufgrund der großen Lagerkapazitäten auch deutscher Atommüll gelagert werden könnte. Zur Zeit ist dieses gesetzlich noch nicht erlaubt. *CL-Netz*

Protest gegen die Urlaubswerbung „Partnerland Türkei“ bei Messe

ESSEN. Der Deutsch-Kurdische Solidaritätsverein verteilte täglich Flugblätter vor der Messe „Reise und Camping '99“ und ihrer Werbung für das „Partnerland Türkei“. Zur Frage „Wollen Sie wissen, was Sie in der Türkei erwartet?“ heißt es darin: „Hier ist die Bilanz vom letzten Wochenende: – über 8000 Festnahmen und hunderte Verletzte – Städte vom Militär besetzt – kurdischer Volksaufstand in allen Teilen des Landes.“ Das Flugblatt kritisiert auch die europäischen Regierungen, die eine politische Lösung des Krieges in Kurdistan nicht unterstützen wollen. Der Verein fordert zum Boykott des Urlaubslands Türkei auf: „Eine der Haupteinnahmequellen, die die Kriegsmaschine in Gang hält, ist der Tourismus.“ *Nach Lokalberichte Essen 26.3.*

Bundesweite Aktion Stromwechsel geht in die Realisierungsphase

HAMBURG. Mit Presseanzeigen sucht Greenpeace ab dem 26. März bundesweit Stromunternehmen, die umweltfreundlichem Strom liefern können. Schon 60 000 Kunden, private Haushalte und rund 1000 Gewerbebetriebe, haben sich seit Beginn der „Aktion Stromwechsel“ im August 1998 gemeldet. Sie sollen ab Jah-

resende mit Strom beliefert werden, der weder Atom- noch Kohlestrom enthält und mindestens zur Hälfte aus regenerativem Strom besteht. Dieser „saubere Strom“ darf maximal 20 Prozent mehr kosten als herkömmlicher Strom. Zudem müssen der oder die Stromversorger eine Reihe ökologischer Kriterien erfüllen. Greenpeace-Experte Sven Teske erklärt dazu: „Seit über 10 Monaten kann jeder Verbraucher seinen Stromversorger frei wählen. Monatelang haben die Stromkonzerne den Zugang zum Stromnetz für andere Anbieter durch hohe Netzgebühren und technische Auflagen blockiert. Erst jetzt erklären sich die ersten – nicht zuletzt durch die Aktion Stromwechsel – bereit, ihre Netze zu öffnen. Die technischen Hürden werden langsam abgebaut, die finanziellen Hürden durch überhöhte Netzgebühren bestehen noch immer. Greenpeace wird gemeinsam mit den Verbrauchern weiter Druck auf Stromkonzerne und Politik ausüben, um den Wechsel zu umweltfreundlichen Stromversorgern zu ermöglichen.“ *Nach PE Greenpeace, 26.3.*

Champagner 99 der unabhängigen Erwerbsloseninitiativen ab 15.4.

BIELEFELD. Die Kampagne soll an die Aktionstage des vergangenen Jahres anknüpfen, sie fortsetzen und zuspitzen. Zum einen werden kurzfristig erfüllbare Forderungen aufgestellt: Eine einmalige Zahlung von 300 DM Sofortausgleich für gestiegene Kosten an alle EmpfängerInnen von staatlichen Transferleistungen; keine Anrechnung des Kindergeldes auf Sozialhilfe; Rücknahme aller Kürzungen und Schikanen im SGB III – insbes. Meldekontrolle, des Bewerbungszwanges, Auflösung des Berufsschutzes, jährl. 3-prozentige Kürzungen der Arbeitslosen-hilfe; Streichung des Asylbewerber-Leistungsgesetzes. Zum anderen sind wirkungsvolle einheitliche Besetzungsaktionen von Parteibüros am 15.4./17.5. und von Ämtern am 6.5. geplant. *CL-Netz*

NEWROZ-Feiern unter Verbotsdruck

Trotz Demütigung, Schikanen und Verboten fanden am 20./21. März Newroz-Feiern statt. In Mannheim erteilte die Polizei Menschen mit türkischem Ausweis und Geburtsort in der Osttürkei (Kurdistan) Zutrittsverbot zur Innenstadt „wegen Gefahrenabwehr“. In Baden-Württemberg lehnte sich der Innenminister ähnlich wie in Bayern besonders weit aus dem Fenster. In den anderen Bundesländern konnten die kurdischen Menschen meist relativ ungestört feiern. Aber vereinzelt gab es auch dort Verbote wie in Frankfurt/Main, Gießen oder Mainz. Es ist davon auszugehen, daß die Innenministerkonferenz mit Bundesinnenminister Schily an der Spitze ihr Vorgehen durchaus koordiniert und für die Zukunft eine noch schärfere Gangart abgesprochen haben.

Schily hat's ja schon gesagt: „Zerschlagung der PKK-Logistik“ – und meint damit die kurdischen Verlage, Zeitungen, das Fernsehen und nicht zuletzt die Vereine. Ganz nach Art der faschistischen Türkei. Armes Deutschland!

scr, aus Kommunal-Info Mannheim

Trotz des Verbots durch die Stadt Stuttgart fand am 20. März eine kurdische Newroz-Feier mit mehr als 1000 Teilnehmern auf dem Schloßplatz statt (siehe Bild) – allerdings unter massivem Druck der Polizei, die die Versammlung schließlich ohne Knüppel auflöste. – In München beteiligten sich am 20. März knapp 400 an einer Kundgebung auf dem Sendlingertorplatz. Die Polizei, die mit einem Großaufgebot den Platz belagerte, setzte von Anfang an auf Konfrontation. Die Kurden ließen sich auch von USK-Trupps, die Menschen aus dem Fackelzug zogen, nicht provozieren und beendeten ihr Fest friedlich mit Tänzen und Musik. Unter den zahlreichen Grußworten an die Veranstaltung war eine von 30 hohen Fehwerkschaftsfunktionären des brasilianischen Gewerkschaftsbundes CUT.



Obwohl aufgrund einer Empfehlung des baden-württembergischen Innenministers Thomas Schäuble in Mannheim, Stuttgart, Karlsruhe, Heilbronn und Konstanz die diesjährigen Newroz-Feiern verboten wurden, konnten die Feiern nicht vollständig unterbunden werden. Am 21.3. organisierte das Kulturzentrum Kurdistan in seinen Räumen eine Feier. Da diese aber für die bis zu 1000 Menschen bei weitem zu klein waren, sammelten sich die Leute vor dem Gebäude auf der Straße. Obwohl die Polizei mit starken Einsatzkräften die Menschen umzingelt hatte, befürchtete sie einen Demonstrationszug in die Stadt. In Verhandlungen mit Vertretern der Kurden wurde vereinbart, eine einstündige Feier auf dem nahegelegenen Parkplatz der Firma Schockin im Hafengelände zu dulden. Dort konnte man das Newrozfeuer entzünden.



Rund 800 Kurden und Kurden demonstrierten am Samstag, 20.3.1999, in der Essener Innenstadt, um Newroz, den Frühlingsanfang, zu begrüßen. Die Stimmung war gut, Fackeln und später ein Feuer auf dem Willy-Brandt-Platz standen für das neuwachende Licht im Frühling und für den kurdischen Widerstand. Die Aktion war jedoch auch eine Demonstration für die Rechte Abdullah Öcalans, das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes und eine internationale Konferenz zur friedlichen Lösung des Kurdistankonflikts. Die Polizei hielt sich zurück, die Demonstration verlief problemlos. Erfreulich ist, daß bei der Auftaktkundgebung Vertreter/innen von Bündnis 90/Die Grünen, PDS und DKP Grüße überbrachten. – Am Sonntag feierten tausende Kurden und Kurden ihr Newroz-Fest in der Arena Oberhausen.

wof

23. Februar 1999 – Gegenanträge

Kritische Aktionäre fordern Stiftung und I.G.-Auflösung bis 1.1. 2000

Zur Hauptversammlung der I.G. Farbenindustrie AG i.A. am 25. März 1999 stellt der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre Gegenanträge auf Nichtentlastung der Liquidatoren und des Aufsichtsrats. Zum Tagesordnungspunkt 5 beantragt er außerdem:

„Abweichend vom Vorschlag der Liquidatoren und des Aufsichtsrats werden die Liquidatoren beauftragt, in Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern der überlebenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter der I.G. Farben unverzüglich – spätestens jedoch zum 1. Januar 2000 – eine Stiftung zu gründen, in die das gesamte derzeitige Vermögen der I.G. Farbenindustrie AG i.A. und sämtliche ihrer eventuellen Forderungen gegen Dritte eingebracht werden, um alle Opfer der I.G. Far-

ben bzw. deren Hinterbliebene schnellstmöglich und in größtmöglichem Umfang zu entschädigen.“

Begründung:

„Der von den Liquidatoren und dem Aufsichtsrat vorgeschlagene Auftrag an die Liquidatoren ist zu wenig konkret. Er enthält weder zeitliche Vorgaben noch Bestimmungen über die Summe, mit der die Entschädigungsstiftung auszustatten ist. Dies birgt zum einen die Gefahr, daß den Opfern die gerechten Entschädigungen auf weitere Jahre hinaus vorenthalten werden. Zum anderen kann nur durch das Einbringen des gesamten Firmenvermögens und die damit verbundene Auflösung der Gesellschaft annähernd Gerechtigkeit hergestellt werden.“

fortige Auflösung der Firma und die Verwendung des ihres gesamten Vermögens zur Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter.

In der Versammlung wurde der Bericht von Liquidator Volker Pollehn durch Demonstranten unterbrochen, die mit einem Transparent das Podium stürmten. Bewaffnete Sicherheitskräfte zerrten die Protestierenden binnen weniger Minuten aus dem Gebäude. Trotzdem kam es zu weiteren Störungen durch Zwischenrufe und Stinkbomben. Trotz weit geöffneter Fenster mußten die Aktionäre bis zum Ende der Versammlung in beißendem Gestank ausharren. Der Auschwitz-Überlebende Hans Frankenthal unterbrach verschiedene Redner immer wieder mit anhaltenden Zwischenrufen. „Halten Sie den Mund“, rief der Aufsichtsrats-Vorsitzender Krienke daraufhin vom Podium und drohte, Frankenthal ebenfalls abführen zu lassen.

Liquidator Pollehn betonte in seiner Rede, er und seine Kollegen trügen „keine persönliche Schuld“ an den früheren Verbrechen der Firma. „Sie machen sich aber mitschuldig an den Spätfolgen der damaligen Verbrechen der I.G. Farben“, hielt ihm Dachverbands-Sprecher Henry Mathews entgegen, „wenn Sie die Liquidation weiter verschleppen und Entschädigungen verweigern“. Mathews nannte die I.G. Farben „die einzige kriminelle Vereinigung, die von der Polizei geschützt wird“, und verlangte die sofortige Gründung einer Entschädigungsstiftung, in die das gesamte Firmenvermögen einschließlich ihrer eventuellen Forderungen gegen Dritte eingebracht werden müßten. Die Versammlung faßte jedoch wie erwartet den von den Liquidatoren vorgelegten Beschluß, der nur die Vorbereitung einer Stiftungsgründung vorsieht, ohne dafür ein Datum oder den einzubringenden Geldbetrag festzusetzen.

Bericht des Dachverbandes Kritischer Aktionärinnen und Aktionäre

25. März 1999 – Hauptversammlung

Blutkonzern I.G. Farben sofort auflösen ! – ZwangsarbeiterInnen entschädigen !

Polizeibrutalität begleitet I.G. Farben Hauptversammlung

Brutale Polizeiiübergriffe begleiteten die Demonstration von etwa 200 Menschen vor der Hauptversammlung der I.G. Farbenindustrie AG i.A. am 25. März 1999 in

der Stadthalle Bergen in Frankfurt. Ein Polizist schlug einem Demonstranten mit der Faust ins Gesicht, ein anderer besprühte einen Protestierenden mit einer „chemischen Keule“. Drei Demonstranten wurden vorläufig festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt, einer von der Polizei regelrecht zusammengeschlagen. Unter den Demonstranten befanden sich auch zahlreiche ehemalige Auschwitz-Häftlinge, die während der Nazizeit Zwangsarbeit für die I.G. Farben leisten mußten. Sie verlangten die so-

Ein Antrag der Grünen im Römer:

„Eine Geschichte von Macht und Mißbrauch“

In dem Antrag (anlässlich der am 25.3.99 in Frankfurt stattfindenden Hauptversammlung der IG Farben i.A.) heißt es u.a.: „Seit mehr als 50 Jahren befinden sich die IG Farben ‚in Auflösung‘ ... Die nun schon über 40 Jahre währende Abwicklung ist eine beständige Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus. Nach wie vor verweigern die Profiteure der Zwangsarbeit den Opfern Anerkennung und Entschädigung. Zahlungen sollen ... so lange hinausgezögert werden, bis auch die letzten Überlebenden gestorben sind ... Wir verlangen die Auflösung der IG Farben i.A. und die Verwendung des restlichen Vermögens zur Entschädigung der Opfer und für den Erhalt der Gedenkstätte in Auschwitz.“

Dieser Antrag wurde am 18. März 99 im Stadtparlament zur Abstimmung gestellt. CDU und FDP setzten ihn kurzerhand wieder ab, da sie der Meinung waren, die Angelegenheit sei „nicht dringlich“. Nun wird darüber in 4 Wochen beraten. ie



Hans Frankenthal, ein ehemaliger Zwangsarbeiter der IG Farben, diskutiert mit Liquidator Volker Pollehn.

KITA-GEBÜHREN: *Norderstedt.* Nachdem der Kr. Segeberg die Sozialstaffel für die Kindergartengebühren faktisch abgeschafft hat und damit die Städte und Gemeinden des Kreises in Zugzwang bringt, steht nun in Norderstedt die Erhöhung der Kita-Gebühren an. Eine große Koalition von CDU, SPD und FDP fordert die Weitergabe der Mehrkosten von 1,3 Mill. DM an die Eltern. Der Höchstsatz soll von 350 DM auf 450 DM zuzüglich 135 DM für Verpflegung erhöht werden. Selbst von SozialhilfeempfängerInnen werden 30 DM (+135 DM) verlangt, obwohl die Sozialhilfe das Existenzminimum darstellt. Unter den Eltern hält sich das Gerücht, daß die Stadt von ca. 15% Abmeldungen ausgeht, wodurch der Bestand von Einrichtungen in Frage gestellt wäre.

SPD-ANTRAG: *Stuttgart.* Die SPD-Gemeinderatsfraktion hat sich in einem Antrag zur neuen Gebührenstruktur für die Stuttgarter Kindertagesstätten der Kritik des Gesamtelternbeirates angeschlossen. „Die SPD-Gemeinderatsfraktion wendet sich mit aller Deutlichkeit gegen die Ungerechtigkeiten Familien mit mehreren Kindern gegenüber und beantragt: die Darstellung einer Gebührenstaffelung bei 30%iger Ermäßigung (statt 20%) samt Auswirkung auf verschiedene Haushaltsgrößen.“ Sie sprach sich gegen die Abschaffung des Familienpasses zugunsten der „Punktekarte“ aus, die das „Gießkannenprinzip“ anstelle der Förderung nach Familieneinkommen darstelle und forderte die Beibehaltung der Geschwisterermäßigung, nach der für das 2. Kind maximal 27 DM erhoben wird.

SOZIALHILFEKÜRZUNGEN: *Mannheim.* Nach Protesten von Arbeitsloseninitiativen und der Wohlfahrtsverbände hat sich der Mannheimer Sozialausschuß mit Mehrheit gegen das Inkrafttreten der neuen baden-württ. Sozialhilferichtlinien ausgesprochen. Dadurch werden die Kleiderbeihilfen für Sozialhilfeempfänger nicht weiter gekürzt. Diese waren in den letzten Jahren ohnehin schon real gesunken, da sie nicht an die Preisentwicklung angepaßt wurden. Die letzten schwerwiegenden Kürzungen bei den Kleiderpauschalen hatte die Mannheimer Sozialverwaltung 1994 unter Hinweis auf die notwendige Einheitlichkeit im Landesmaßstab noch mitgetragen. Aufatmen können vor allem Alleinerziehende und kinderreiche Familien, die von den Kürzungen besonders hart betroffen worden wären.

SCHECKS STATT GUTSCHEINE: *Pinneberg.* Ende Februar kündigte der Kreisfachbereichsleiter für Soziales, Tietz, an, daß Asylsuchende ab 1. April wieder Bargeld anstatt Gutscheine für

den täglichen Bedarf erhalten sollten. Bei einer Umfrage des Kreises hatten sich mehr als die Hälfte der Gemeinden dafür ausgesprochen, die diskriminierende Gutscheinsregelung, die mit dem Asylbewerberleistungsgesetz eingeführt worden war, aufzugeben. Nach heftigen Attacken der CDU-Kreisfraktionsspitze wurde die Angelegenheit im Kreistag verhandelt. Das Ergebnis: Ab April werden keine Bargeldleistungen für Ernährung, Körperpflege und Bekleidung ausbezahlt, sondern „Schecks“ ausgegeben. Rolf Lange von den Grünen behauptet, dadurch würden Asylsuchende beim Einkaufen nicht mehr diskriminiert, da sie auch in Geschäften einkaufen könnten, die nicht an das Gutscheinsystem angeschlossen seien. Dabei hatte das Innenministerium dem Landrat zugesichert, eine Umstellung auf Bargeldzahlungen würde keine Kürzungen des Landes zur Folge haben.

ÜBERSCHUSS: *Wiesbaden.* Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes haben die Städte und Kommunen 1998 erstmals seit 1989 mehr Geld eingenommen als ausgegeben, nämlich 4,9 Mrd. DM. 1997 hatte es noch einen Fehlbetrag von 5,9 Mrd. DM gegeben. (Angaben ohne die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg). Die Gesamtausgaben betrugen 277,5 Mrd. DM (- 0,9%), in Ostdeutschland sanken sie sogar um 2,4%. Die Investitionen gingen um 2,9%, die Sozialausgaben um 1,5%, die Personalkosten um 0,5% und der Sachaufwand ging um 0,4% zurück. Die Einnahmen erhöhten sich um 3,1% auf 282,4 Mrd. DM. Die Einnahmen aus Steuern und Abgaben stiegen um 8,8%, die Einnahmen aus dem Verkauf von Beteiligungen verdreifachten sich auf 3,5 Mrd. DM. 1% mehr erhielten die Kommunen aus dem kommunalen Finanzausgleich, während die Investitionszuschüsse der Länder um 5,8% sanken. Die Neuverschuldung konnte von 4,8 Mrd. DM 1997 auf 1,3 Mrd. DM gesenkt werden. Der Deutsche Städtetag sagte dazu, der Einnahmeüberschuß bedeute „keine Entwarnung“. Die Mehreinnahmen 1998 beruhten zum größten Teil auf Einmaleffekten wie dem Verkauf von Vermögen und seien extrem ungleich auf die Städte verteilt. Für 1999 erwartet der DST wieder ein Minus von 3,7 Mrd. DM.

Defizit erwartet: *Bonn.* Nach Angaben des Deutschen Landkreistages wird sich das Defizit der 323 deutschen Kreise in diesem Jahr auf rund eine Mrd. DM verdreifachen. Die 1998 bei Städten und Gemeinden entstandenen Einnahmeverbesserungen seien an den Kreisen fast vollständig vorübergegangen. Die Finanzentwicklung werde vor allem zu einem weiteren Rückgang der Investitionen um 4,6% führen.

Zusammenstellung: ulj

Öffentliches Gelöbnis am 20. Juli in Berlin:

Protest angekündigt

Am 20. Juli will Bundesverteidigungsminister Scharping in Berlin ein öffentliches Gelöbnis der Bundeswehr durchführen. Im Vorjahr hatte Scharpings Amtsvorgänger Rühe (CDU) einen ähnlichen Versuch, damals zum „Tag des Mauerbaus“, also am 13. August, in Berlin ein öffentliches Gelöbnis durchzuführen, nach Protestankündigungen bis hinein in die SPD dann abgesagt.

Dieses Mal steht die SPD anscheinend fest hinter ihrem Minister in Bonn. Berliner SPD-Sprecher haben bereits ihre Unterstützung erklärt, sogar Kanzler Schröder will beim Gelöbnis in Berlin dabeisein. Das ganze könnte sich also zu einem Staatsakt auswachsen. Die Berliner „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ hat ihren „entschiedenen Widerstand“ angekündigt und bringt dafür gewichtige Gründe vor:

„Gelöbnisse stehen nicht in einer demokratischen Tradition, sondern symbolisieren militärischen Drill und Entmündigung sowie die Unterordnung des Einzelnen unter das antidemokratische Prinzip von Befehl und Gehorsam ... Gelöbnisse sind Rituale, bei denen Soldaten sich bereit erklären, zu töten und getötet zu werden. Gelöbnisse sind Rituale des preußischen und nationalsozialistischen Militarismus und widersprechen grundsätzlich den Grundwerten einer demokratischen und zivilen Gesellschaft.“

Das Gelöbnis soll am 20. Juli im oder am Bendlerblock stattfinden. Bewußt soll die Zeremonie mit dem Tag und dem Ort des gescheiterten militärischen Widerstandes verbunden werden. Die Bundeswehr stehe in der Tradition des militärischen Widerstandes gegen Hitler, so Scharping. Der Widerstand aus den Reihen der Wehrmacht hatte jedoch überwiegend keine demokratischen Motive und schon gar keine demokratische Zielsetzung. Angesichts der sich abzeichnenden militärischen Niederlage des Deutschen Reiches hatten sich Soldaten zum Attentat entschlossen, um die totale Kapitulation zu verhindern. Einige der Attentäter waren an Verbrechen der Wehrmacht direkt beteiligt.

Der Bendlerblock ist kein Ort des Widerstandes, sondern der Ort, an dem seit 1938 durch das Oberkommando der Wehrmacht die verbrecherischen Kriege der Wehrmacht vorbereitet und geplant wurden. Ein Aufmarsch der Bundeswehr an diesem Ort verhöhnt die Opfer des nichtmilitärischen Widerstandes.“

rül, Quelle: PM der „Kampagne ...“, 4.3.99



Über Neonazis, Skinheadbands und Staatsschützer im CDU-regierten Sachsen

Am 22. Februar beschloß der Jugendhilfeausschuß des Leipziger Stadtrats, dem derzeitigen Träger des „Treffe 1“ und des „Treffe 2“ im Kirschberghaus – dem „Jugend- und Bildungsverein e.V. (JBV) – zu kündigen und ab April den gesamten Jugendklub für ca. drei Monate in städtische Regie zu übernehmen. In dieser Zeit soll ein neues Konzept und ein neuer Träger gefunden werden. Das bisherige Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit“ im Haus an der Karlsruher Straße in Leipzig-Grünau ist gründlich gescheitert.

Das bestätigt eine Vorlage für die Dienstberatung des Oberbürgermeisters vom 22. Februar. Darin heißt es: „In den Einrichtungen der Jugendhilfe, in den Schulen, in anderen öffentlichen und privaten Institutionen sowie auf Straßen und Plätzen, insbesondere in Grünau, ist ein sichtbarer Anstieg des Auftretens und der Aktivitäten rechtsorientierter, rechtsradikaler und rechtsextremistischer junger Menschen zu beobachten ... Dieser Entwicklung liegt eine veränderte Strategie der rechtsextremen Szene zugrunde, insbesondere die Eroberung soziokultureller Räume. Das gezielte Eindringen rechtsextremistischer Organisationen und Parteien sowie deren Gedankenguts in alle Alltagsbereiche ist auch in Leipzig zu beobachten. ... Hierzu ist eine klare Positionierung der Jugendpolitik, der Einrichtungen der offenen Jugendarbeit und der Schulen zur Zurückdrängung rechtsextremen Gedankengutes notwendig.“ Zum Kirschberghaus resümiert die Vorlage: „... der Treff 2 ist zu einem Anziehungspunkt für rechtsorientierte Jugendliche, auch des gesamten Umlands, geworden.“ Aufschlußreiche Einzelheiten hierzu finden sich in einer Studie des Zentrums Demokratische Kultur unter

dem Titel „Rechtsextreme Bestrebungen in Leipzig-Grünau im Zusammenhang mit Jugend und Jugendarbeit“. Wir dokumentieren Auszüge daraus.

In Leipzig Grünau ist festzustellen, daß eine Gruppe hochrangiger Kader der NPD/JN soziale Schlüsselpositionen im Inneren der rechtsextrem-orientierten Jugendszene innehaben und eine „Führer“-Hierarchie etablierten. So agiert z.B. im JBV (im Bereich des Jugend- und Bildungsvereins) dieses Objektes eine Gruppe, die von einem Sozialarbeiter als „Kopfgruppe“ bezeichnet wird ... Zu dieser „Kopfgruppe“ gehören u.a. Dirk Amende und Mike Zimmermann.

NPD rekrutiert und wirbt

Amende (30) – nach der Wende zunächst DVU-Mitglied – trat Ende 1990 in die FAP (die inzwischen verbotene neonazistische „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“) ein, in der er bis 1993 zum stellvertretenden Landesvorsitzenden aufstieg. In dieser Zeit führte er in Leipzig auch Parteischulungen durch und war schon früh an der Organisation von Nazikonzerten beteiligt.

Zimmermann gehörte schon 1990 gemeinsam mit Sven Drescher und Daniel Aster zum engeren Kreis gewaltbereiter „volkssozialistischer“ Nazis der „Völkischen Front Leipzig“ als örtlicher Träger der FAP. Er war an mehreren Überfällen beteiligt ... Zimmermann war und ist als Führungskader ständig bestrebt, jene rechtsextremen Szenegruppen zu vernetzen und zu strukturieren, die sich in verschiedenen Phasen in Leipzig gebildet hatten ... Inzwischen ist Mike Zimmermann NPD-Pressesprecher und publiziert in der „Deutschen Stimme“, dem bundesweiten Presseorgan der NPD.

Zum Stammpersonal des Kirschberg-

hauses gehört auch Daniel Osswald, genannt „Ossi“, der von der NPD gezielt für die Rekrutierung jugendlicher Mitglieder eingesetzt wird ... Neben der NPD-Führungsriege verkehren im Kirschberghaus aber auch Personen, unter denen „der größte Anteil an politisch organisierten Rechten zu finden ist“ ... Zum Beispiel die Altenburger und Riesaer Neonaziszene und die Führungsebene der NPD aus Wurzen ...

Derzeit kursieren Gerüchte über einen „Leipziger Heimatschutzbund“ um Jasschi Lang und Sebastian Strauch, der sich offensichtlich am 19. September in Rostock bei der NPD-Demonstration als Ordner betätigte und eine Schlägertruppe anführt, die sich selbst „Sturmtrupp Grünau“ nennt ...

Vertonte Hetze in kommunalen Proberäumen

Im Kirschberghaus verfügen mehrere Bands über vom Jugendamt der Stadt Leipzig direkt vermietete Proberäume. Es handelt sich dabei nach offiziellen Aussagen vom Anfang Dezember 1998 um die Bands „Odessa“ und „Solution“, ferner „Loom“ und die Mädchenband „Ostara“ ... Zum Repertoire der Bands gehören Lieder wie „Blut muß fließen“ und „NSDAP“. Auch in anderen Grünauer Jugendklubs bestehen Problemöglichkeiten für rechtsextreme Bands. So proben in der „Völkerfreundschaft“ u.a. die „Schwarze Division“ (ehemals „Stroifoyer“), „Schwurbrüder“ und „Donnerkeil“ ...

Staatsschutz der besonderen Art

Zwischen den SozialarbeiterInnen und der Polizei hat sich in Grünau inzwischen eine sehr enge Zusammenarbeit entwickelt, die in ihrer Gesamtausrichtung offenbar darauf abzielt, notwendige Repressionen zugunsten des Flusses weiterer Informationen möglichst abzufedern.

So gab es anlässlich einer „Fotoausstellung mit Selbstporträts von Jugendlichen“ eine regelrechte Rechtsberatung durch den Leipziger Staatsschutz. Es kamen ein paar Hinweise, das und das Foto sollte man nicht zeigen, denn wenn einer von Amts wegen dieses Foto sieht, dann ist er verpflichtet, an den Staatsanwalt Meldung zu machen ... (In einer Fußnote weist die Studie darauf hin, daß der Staatsschutz auch die rechtsextremen Bands im Kirschberghaus berät.) Für die SozialarbeiterInnen gibt es „Kontaktbeamte“ ... Doch die Toleranz bezieht sich nicht nur auf Propagandadelikte. Angezeigt wird auch nicht jede Körperverletzung.

(aus: Leipzigs Neue Nr. 5/99)



Die „netten Jungs von nebenan“. Foto aus: „Leipzigs Neue“

Zwei Monatsgehälter weniger?

Brutale Lohnkürzungspläne lösen bundesweit Proteste an Krankenhäusern aus. Hier ein Bericht aus Baden-Württemberg

2500 protestieren in Krankenhäusern

Über 2500 Beschäftigte in 17 Krankenhäusern in Baden-Württemberg haben nach Mitteilung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) am Montag, 22. März, gegen die Arbeitgeberhaltung in den Krankenhausverhandlungen protestiert.

Die öffentlichen Arbeitgeber wollen unmittelbar nach der Tarifrunde im öffentlichen Dienst in gesonderten Krankenhausverhandlungen Arbeitszeiten verlängern, Ruhezeiten kürzen, Zulagen streichen und Weihnachts- und Urlaubsgeld drastisch reduzieren. „1000 Mark monatliches Minus hätte eine ausgebildete Krankenschwester im Portemonnaie, wenn diese Forderungen umgesetzt würden“, erklärte die stellvertretende ÖTV-Landesvorsitzende, Christina Frank. „Außerdem sollen die Arbeitszeiten auf zwölf bis 13 Stunden verlängert werden und nach nur acht Stunden Ruhezeit die Beschäftigten bereits wieder weiterarbeiten. Darin sehen wir nicht nur eine Gefährdung der Gesundheit der Beschäftigten sondern auch eine Gefährdung für die Patienten“.

Baden-Württemberg gab damit den Auftakt zu Aktionen, die am Dienstag bundesweit fortgesetzt werden. Schwerpunkte lagen in den Krankenhäusern in Stuttgart und auf der Ostalb sowie bei den Zentren für Psychiatrie in Weinsberg, Emmendingen, Winnenden und in Unikliniken. Vor dem Katharinenhospital in Stuttgart versammelten sich rund 500 und vor der Uniklinik in Heidelberg rund

400 Ärzte, Krankenschwestern, Beschäftigte aus der Küche, Reinigungspersonal und technische Dienste zu einstündigen Protesten. In kleineren Krankenhäusern und großen Kliniken fanden Protestpausen, außerordentliche Betriebsversammlungen und Unterschriftensammlungen gegen den „Katalog der Grausamkeiten“ der Arbeitgeber statt. Die Arbeitgeber wollen längere Arbeitszeiten, kürzere Ruhezeiten und außerdem Streichung oder massive Kürzung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld. 15 Prozent des Einkommens sollen die Beschäftigten unterm Strich einbüßen. Die ÖTV will über Arbeitszeit verhandeln, aber mit der Zielsetzung, daß Überstunden zurückgefahren werden und Erschwernis- und Zeitzuschläge durch Freizeitausgleich ersetzt werden.

Die landesweiten Aktionen bewiesen viel Phantasie. In Stuttgart wurde eine Krankenschwester „versteigert“, in Weinsberg hieß es auf Transparenten „Wir arbeiten nicht für 'nen Apfel und 'n Ei!“. Die Beschäftigten erhielten das Obst und das Osterei. In verschiedenen Kliniken wurde optisch demonstriert, wie die Beschäftigten bis „auf's Hemd ausgezogen“ wurden. In Emmendingen wurde ein „Sklavenmarkt“ vorgeführt. Auf Klagemauern wie in Plochingen wurde den Besuchern der Krankenhäuser schriftlich auf großen aufeinander gestapelten Pappkartons vor Augen gehalten, was die Arbeitgeber den Beschäftigten zumuten wollen. „Wir machen am Dienstag weiter. Wenn die Arbeitgeber ihren dreiseitigen Katalog der Zumutungen nicht zurückziehen, sind wir auch zu einer härteren Gangart bereit“, so die einhellige Meinung der ÖTV-Mitglieder.

Münchner Personalräte rechnen vor:

Zwei Gehälter weniger

1. Beispiel: Eine Krankenschwester in München ist in der Vergütungsgruppe Kr. Va, Stufe 6 BAT eingruppiert und soll ab Juli die Stufe 7 erhalten. Sie ist verheiratet, hat keine Kinder und war an 21 Tagen krank.

Einbuße im Jahr: 9521,17 DM
Einbuße Monat (Durchsch.): 793,43 DM

2. Beispiel: Reinigungsfrau in der Lohngruppe 1a, Stufe 5 BMT-G, soll ab Mai Stufe 6 erhalten. Hier soll die Lohngruppe abgesenkt werden. Sie ist verheiratet, hat ein Kind und war im Jahr an 21 Tagen krank.

Einbuße im Jahr: 5268,46 DM
Einbuße Monat (Durchsch.): 439,04 DM

3. Beispiel: Facharzt in der Vergütungsgruppe II Stufe 8 BAT. Ab Juli nimmt er am Bewährungsaufstieg nach Vergütungsgruppe 1 b, Stufe 7 teil. Keine nennenswerten Überstunden. Er ist verheiratet, hat keine Kinder und war im Jahr an 21 Tagen krank.

Einbuße im Jahr: 15154,61 DM
Einbuße Monat (Durchsch.): 1262,88 DM

Quelle: SZ

Firma Haldex, Heidelberg Betriebsversammlung gegen CDU-Kampagne

Die am 15.3. bei der Betriebsversammlung der Firma Haldex, Heidelberg, anwesenden Beschäftigten beschlossen bei drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen folgenden Aufruf (offenen Brief) an die CDU/CSU:

In der Fa. Haldex Heidelberg (ehemals Graubremse) arbeiten seit Jahrzehnten deutsche und ausländische Kolleginnen und Kollegen unterschiedlichster Nationalität erfolgreich zusammen in einer Atmosphäre, die von gegenseitiger Achtung, Wertschätzung und Unterstützung geprägt ist. (...) Aus Sicht der Belegschaft ist dieses positive Klima in jüngster Zeit gefährdet ... Die Angst geht bis in die Familien und ist auch bei Kindern spürbar. Dies führt zu Spaltung, Störung des friedlichen Miteinanders und wird von alten und neuen Ewiggestrigen als geistige Brandstiftung aufgegriffen.

Belegschaft, Betriebsrat und IG-Metall-Vertrauenskörper der Fa. Haldex Heidelberg verurteilen mit Nachdruck, daß die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der Straße in einer Art und Weise thematisiert wird, die die Fremdenfeindlichkeit fördert und zu einer massiven Verschärfung des gesellschaftlichen Klimas beiträgt.

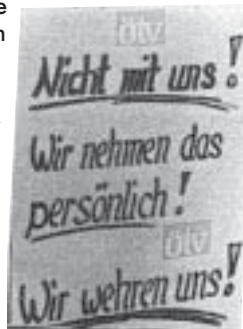
Wir fordern, diese Unterschriftenkampagne umgehend einzustellen.

Letzte Meldung

Die ÖTV erklärt am 25.3.1999 in Potsdam:– Die Tarifverhandlungen zur Arbeitszeitgestaltung in den kommunalen Krankenhäusern und Unikliniken wurden heute in Potsdam auf den 19. April 1999 in Stuttgart vertagt.

Als Erfolg werteten ÖTV und DAG, daß in der nächsten Runde nur noch über die Arbeitszeit verhandelt wird. Durch den Druck des bundesweiten Protestes sei es gelungen, die Forderungen der Arbeitgeber nach drastischen Verschlechterungen der Arbeits- und Einkommensbedingungen des Krankenhauspersonals zurückzuweisen. Man werde nun versuchen, gemeinsam zu neuen Formen der Arbeitszeitgestaltung zu

kommen, die die Bedürfnisse der Beschäftigten und des Krankenhausbetriebs berücksichtigen. Nach den Forderungen der Gewerkschaften sollten hierzu Arbeitszeitkonten eingeführt, Arbeitszeit faktorisiert und Überstunden abgebaut werden.



Außerdem wollen Gewerkschaften und Arbeitgeber über geeignete Maßnahmen reden, wie sie gemeinsam die Politik zu einer soliden Finanzierung der Krankenhäuser bewegen können. Nur so könnten Tarifautonomie, Arbeits- und Gesundheitsschutz und qualitativ hochstehende Patientenversorgung gewährleistet werden.

TÜRKIE ZUM FÜNFTEN MAL DABEI

Im vergangenen Jahr sind 24 Journalisten bei der Ausübung ihres Berufs ermordet worden, 118 Journalisten waren inhaftiert. Dies geht aus dem Bericht über „Angriffe auf die Presse“ hervor, der vom Komitee zum Schutz von Journalisten in New York vorgelegt wurde. Insgesamt werden darin 500 Angriffe gegen Journalisten aufgeführt. Zu den gefährlichsten Ländern gehörten Kongo und Sierra Leone. Die Türkei ist zum fünften Mal in Folge das Land, in dem die meisten Journalisten inhaftiert waren, 1998 waren es 27.

KONZERN ZEIGT GEWERKSCHAFT- TER AN

Der Streit um die Beschäftigung von 80 rumänischen Billiglohn-Arbeitern auf der Großbaustelle der Landesversicherungsanstalt (LVA) Schwaben spitzt sich zu. Der Baukonzern Heil+Wörner hat gegen Gewerkschafter Martin Koch Strafanzeige wegen geschäftlicher Verleumdung gestellt. Koch hatte als Geschäftsführer der Gewerkschaft BAU kritisiert, daß der Konzern auf einer Baustelle einen rumänischen Subunternehmer mit 80 Landsleuten als Billigarbeiter, aber nur zwei Bauleiter und bis zu fünf Poliere beschäftigte. Dies, so Koch, sei ein klarer Verstoß gegen europäische Wettbewerbsvorschriften die voraussetzen, daß 70 Prozent der Leistungen vom Betrieb des Bieters auszuführen sind. Der zur Augsburgsburger Walter-

Gruppe gehörende Konzern forderte Koch auf, seine „beleidigenden Äußerungen“ zu widerrufen und erstattete Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Augsburg. Koch: „Ich habe nichts zu widerrufen, denn meine Meinung hat sich nicht geändert.“

IG MEDIEN KLAGT ERFOLGREICH GEGEN MEHRARBEIT

Die Firma Lechte-Druck im westfälischen Emsdetten hatte ihren rund 100 Beschäftigten im Dezember 1996 eine unbezahlte wöchentliche Mehrarbeit von 1,25 Stunden aufgezungen.

Der Betriebsrat stimmte zu, wenn auch mit großen Bedenken. Denn die Geschäftsleitung versprach im Gegenzug eine Arbeitsplatzgarantie und 100prozentige Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Vier Mitglieder der IG Medien forderten dennoch volle Lohnzahlung und setzten sich nun vor dem Arbeitsgericht Rheine durch. Sie erhalten Nachzahlungen in Höhe von mehreren tausenden Mark. Die Entscheidung ist rechtskräftig. Richterin Quandt verweist in ihrer Begründung auf die zwingende Norm des geltenden Manteltarifvertrages. Die Betriebsparteien dürfen nur eine Besserstellung der Arbeitnehmer beschließen. Die abgeschlossene Betriebsvereinbarung war ungültig. Die Geschäftsleitung wäre besser gefahren, wenn sie die Mehrarbeit durch Neueinstellungen aufgefangen hätte. •

GUTER RAT ?

Freitag/Samstag, 19./20.3.99: Nach Vorschlag des Hauptgeschäftsführers des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall D. Kirchner, der gleichzeitig in seiner Eigenschaft als Vorstandmitglied des Bundes katholischer Unternehmer (BKU) auftrat, soll künftig ein „Rat für sozialen Frieden“ Tarifausschlässeinsetzungen schlichten und Streiks verhindern. Die Bundesregierung soll in diesen Rat berufen: je einen Vertreter der Bundesanstalt für Arbeit, der Bundesbank, des Sachverständigenrates, der Konjunkturforschungsinstitute sowie einen Wissenschaftler, auf den sich die Sozialpartner verständigen. Ein Streik soll nur noch rechtmäßig sein für solche Forderungen, die nicht im Gegensatz zu dem Vorschlag des Rates stünden.

PROTEST GEGEN GLEICHBEHAND- LUNG

Montag, 22.3.1999: Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat Protest eingelegt gegen ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts.

Dieses erlegt den Arbeitgebern Gleichbehandlung aller Beschäftigten solcher (Klein)betriebe auf, die vormals in einem zentralen Betrieb zusammengefaßt waren. Solche Aufteilungen in mehrere Kleinbetriebe hatte für die Arbeitgeber Vorteile: der Kündigungsschutz

konnte unterlaufen werden, Sonderleistungen konnten unterschiedlich gewährt werden.

NEGATIVTREND

Mittwoch, 24.3.1999: Die Spitzenverbände forderten die Regierungskoalition erneut zu einer „sozialpolitischen Neuorientierung“ auf. Die rot-grünen Programme seien „nicht dazu angetan“, Arbeitsplätze zu schaffen, sagte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Henkel.

Die Verbände fordern u.a. „strukturelle Erneuerungen“ bei der Renten- und Krankenversicherung. Die Höhe der Abgaben und der Staatsquote habe „das vertretbare Maß überschritten“. Der Staat müsse seine Ausgaben kürzen, um Wirtschaft und private Haushalte nachhaltig entlasten zu können.

Der Negativtrend gehe über eine „Konjunkturdelle“ weit hinaus ... Ursache hierfür seien „die politisch instabilen Entscheidungen“ und die jüngsten Tarifabschlüsse.

IM KEIM ERSTRICKT

24.3.1999 DIHT: die neuen Vorschriften zur Scheinselbstständigkeit gefährdeten die Zahl künftiger Existenzgründungen. Selbstständige Existenz werde schlichtweg im Keim erstickt. •

GIF Am 8.3.95 wurde die GIF GmbH gegründet, Audi hält 30% an der GmbH, den Rest halten die Städte Neckarsulm und Bad Friedrichshall sowie der Landkreis Heilbronn. Es sind nur einstimmige Beschlüsse möglich. Insgesamt wurden 43,5 Mio. DM investiert, davon lediglich 1,14 von Audi selbst, Zuschüsse in Höhe von 7,13 Mio. DM gab es vom Wirtschaftsministerium BaWü, 0,28 Mio. vom Verkehrsministerium und 22,3 Mio. DM zinsgünstige Kommunalkredite. Die sollen in den nächsten 8 Jahren zurückbezahlt werden, wenn alles glatt läuft. Falls nicht, haften die Gesellschafter mit Bürgschaften. Die Stadtverwaltung Bad Friedrichshall und Audi haben die Arbeit in der GmbH wie folgt aufgeteilt: Die Stadt bereitet die Gesellschafterversammlung vor und ist zuständig für die Mietverträge mit den Zulieferern und organisiert die Hausverwaltung. Audi übernimmt die Betreuung der Systemlieferanten und ist zuständig für die EDV im GIF, die für die „Just-in-time“-Zulieferung an die Bänder von Audi unumgänglich ist.

Interview mit einer Leiharbeiterin

Moderne Lohnsklaverei

Wie lange und als was haben Sie im GIF gearbeitet?

Ich habe ein Jahr, insgesamt sogar 1 ½ Jahre bei der Firma Michels im GIF gearbeitet. Normal darf man ja nur ein Jahr lang ohne Unterbrechung an der selben Arbeitsstelle eingesetzt werden, aber ich habe dann einfach die Zeitarbeitsfirma gewechselt. Ich habe dort Kabelbäume gelegt und gewickelt. Für einen Laien ist das gar nicht so einfach, man braucht schon ca. 14 Tage zur Einarbeitung. Michels will dann natürlich die eingearbeiteten Leute auch mindestens ein Jahr arbeiten lassen.

Wieviel haben Sie verdient?

Ich habe 12 DM brutto in der Stunde verdient und 2 DM Leistungszulage. Für die Nachtschicht gab es 15% Zuschläge. Trotz Dauernachtschicht und Überstunden bin ich da mit 1 800 DM im Monat heimgegangen. Jemand, der direkt bei Audi arbeitet, verdient die Woche im Büro der Firma zum Kaffeetrinken vorbeischaut und den Buschfunk spielt, bekommt er 1 DM mehr je Stunde.

Welche Arbeitsbedingungen haben Sie vorgefunden? Worin bestanden die Unterschiede zwischen Leiharbeitnehmern und Festangestellten?

Bei Michels wird im Dreischichtbetrieb gearbeitet und die Leiharbeiter werden auf alle Schichten gleichmäßig verteilt. Es arbeitet dort ca 90 Festan-

gestellte und ebenso viele Leiharbeiternehmer. Die Arbeitszeiten betragen zwischen 37 und 40 Stunden in der Woche. Mehrarbeitszuschläge gab es erst bei der 41. Stunde. Manchmal mußten wir schon am Sonntagnacht anfangen zu arbeiten. Wenn Audi Betriebsferien hatte, mußten wir entweder auch Urlaub nehmen oder wir sind solange in eine andere Firma geschickt worden.

Immer wieder gab es ziemlich schnelle Zeitvorgaben bei einzelnen Takten. Da wurde dann gesagt, die Arbeit muß in zwei Stunden fertig sein, mit Prüfung, weil die Sachen am Band bei Audi gebraucht werden. Pausen mußten dann verschoben werden, bis die Arbeit fertig war. Zu den Unterschieden: Festangestellte bei Michels erhalten für ähnliche Arbeiten 18,40 DM je Stunde. Wenn sie mehr machen wie die durchschnittlichen Module, erhalten sie eine Prämie, Leiharbeiternehmer erhielten keine Prämien. Es gab auch Leiharbeiter, die mehr gearbeitet haben als manch Festangestellter. Natürlich gab es zwischen Festangestellten und Leiharbeitern auch Konkurrenz. Wenn der Betriebsrat die Übernahme wollte, gab es Festangestellte, die sagten was kümmert ihr Euch um die, ihr seid doch von uns gewählt.

Gab es während der Zeit, in der Sie dort gearbeitet haben, auch Übernahmen durch die Firma Michels? Haben Sie sich auch beworben?

Ja ca. 40 Leute sind von Michels übernommen worden. Ich habe mich drei- oder viermal beworben. Mir wurde oft gesagt, ich stehe als erste auf der Liste, ein halbes Jahr wurden mir Hoffnungen gemacht und ich hatte eine 99%ige Zusage. Ich habe dann oft 17 Bäume je Schicht gemacht, statt 10 oder 12. Bei der Auswahl sind natürlich die genommen worden, die immer 6 Tage gearbeitet haben, von Sonntagabend bis Samstagmorgen. Ich sage, es wurden vor allem Ausländer eingestellt. Oft wurde gefragt, warum haben sie keine Zeit, um am Samstag zu kommen. Die meiste Zeit bin ich nur fünf Tage gegangen, entweder von Montag bis Samstag, oder von Sonntagabend bis Freitagmorgen. Ich sehe nicht ein, immer zu schaffen, sondern nur dann, wenn echt Arbeit da ist.

Haben Sie sich auch bei der Firma Delfi beworben, die jetzt neu im GIF anfangen soll?

Ja, ich habe mich auch dort beworben, aber da hört man Unterschiedliches. Die einen sagen, die würden nur Leiharbeiternehmer einstellen und absolut keine Festangestellten, andere sagen, die würden es so machen wie Michels und die Leute erstmal als Leiharbeiternehmer anfangen lassen. Bei Michels haben sie mich dann doch nicht übernommen, sie haben behauptet, sie hätten mich verwechselt mit jemand anderem.

Ich bedanke mich für dieses Gespräch und wünsche Ihnen auf Ihrem neuen unbefristeten Arbeitsplatz viel Erfolg.

Das Interview führte Johannes Müllerschön



Tarifrunde Banken + Versicherungen

Versicherungen: 3,2 % – Abschluß für 15 Monate – Banken: Streik gegen Samstagsarbeit

Versicherungen: Nach den umfangreichsten Warnstreiks in der Tarif-Geschichte der Versicherungen mit über 20 000 Beteiligten wurde am 20.3.99 ein Tarifabschluß erreicht: Der ist zwar höher, als man bis zuletzt befürchten mußte, aber niedriger als der in der Metallindustrie – und das angesichts der Milliarden Gewinne der Versicherungen: 3,2 % Lohn- und Gehaltserhöhungen vom 1.4.1999 bis 31.3.2000, für Januar bis März 1999 zusammen gerademal DM 350.- Einmalzahlung. Dazu eine leichte Aufbesserung und Verlängerung der Altersteilzeit (unter dem Stichwort: „Ruhestand mit 60“). Von der von der HBV geforderten Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche – von z.Z. 38 Stunden – ist eine Verpflichtung geblieben, „über alle Formen der Arbeitszeitflexibilisierung“ zu verhandeln. Dazu gehören neben Arbeitszeitverkürzungen (Lebens- und Wochenarbeitszeit) jedoch auch Formen von Arbeitszeitverlängerung („Aufhebung der Parität beim Arbeitszeitkorridor“ – eine alte Forderung der Versicherungen). Um in Sachen Wochenarbeitszeit und Beschäftigungssicherung weiterzukommen, muß die 55-Stunden-Woche auf lange Sicht in den Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Aktivitäten gestellt werden.

Banken: Nachdem auch nach 4 Monaten „Verhandlung“ noch kein Angebot der Banken vorliegt und diese stattdessen weiter auf der Samstagsarbeit als Regelarbeit bestehen und das 13. Gehalt streichen wollen, haben am 26.3.99 über 20000 Bankangestellte in der ganzen Bundesrepublik zahlreiche Banken-Verwaltungen und Filialen – ganztägig bestreikt. Die Arroganz der Banken, die gerade jetzt ihre Milliarden Gewinne für 1998 verkünden und weitere extreme Profitsteigerungen ankündigen, die sie aus weiterem Personalabbau, Rationalisierungen und Aufkäufen ziehen wollen,

hat die Bankangestellten in Scharen auf die Straße getrieben.

In Hamburg beteiligten sich an die 4000 Angestellte an dem Streik. In der Innenstadt wurden sämtliche Großbanken (u.a. Deutsche, Dresdner, Commerz, DG Bank, BfG, Vereinsbank u.v.a.) sowie die Hamburger Sparkasse und die Hamburgische Landesbank bestreikt. Außerdem waren in den Stadtteilen viele Sparkassen- und Bankfilialen geschlossen – u.a. die Hälfte der HASPA-Filialen in Altona und Eimsbüttel.

Ab 9 Uhr wurde eine Großkundgebung auf dem Gänsemarkt und ein anschließender Zug zum Dom in ein Festzelt durchgeführt, das als Streiklokal diente.

Diese Streiks im Bankgewerbe sind die heftigsten Auseinandersetzungen überhaupt in der Geschichte der Tarifausschreitungen für den Bereich der Banken. Am 29.3.1999 findet die nächste Verhandlungsrunde in Frankfurt statt.

Die Runde am 29./30. ist für gescheitert erklärt worden, weil die Banken nicht bereit sind, von ihrer Forderung nach Einführung des Samstags als Regelarbeitstag abzugehen. Um die Belegschaften zu spalten, will der Arbeitgeberverband Banken seinen Mitgliedern empfehlen, auch ohne Tarifabschluß ab dem 1.4.99 Gehaltserhöhungen von 3,2% zu zahlen – dies entspricht dem Gehaltsangebot vom 29.3. Für die Gewerkschaften heißt das, daß noch umfangreichere Streiks als bisher erforderlich werden, um die Samstagsarbeit abzuwehren und einen akzeptablen Tarifabschluß zu erzwingen. res

Berlin:

Etwa 6000 Bankbeschäftigte beteiligten sich am vergangenen Freitag allein in Berlin an den Protestaktionen. Bei der Sparkasse konnten von 173 Filialen lediglich 7 öffnen, bei der Berliner Bank blieben ebenfalls 33 der 100 Filialen geschlossen. Auch bei den anderen Banken gab es Ausfälle infolge der Warnstreiks. Gegen 8 Uhr morgens versammelten sich die Streikenden auf dem Alexanderplatz, anschließend gab es eine Demonstration und Kundgebung. rül

Auf Einladung der Bundesgeschäftsstelle trafen sich am 29. März **Vertreterinnen und Vertreter der knapp 30 Plattformen, Interessen- und Arbeitsgemeinschaften in und bei der PDS**. Der Bundesgeschäftsführer Bartsch stellte einleitend einige Thesen zur Diskussion. Über die Bedeutung der Zusammenkünfte für die PDS herrschte weitgehende Übereinstimmung: Sie fördern die Mobilisierung von Sachkenntnis, sind wichtig für die Bindung der Mitglieder, die in bestimmten Tätigkeitsfeldern arbeiten, und für die Außenwirkung; sie müssen sich auf politisches Eingreifen richten und haben dabei eine wichtige Koordinierungsfunktion; ihre Bedeutung für den Meinungs- und Willensbildungsprozeß innerhalb der PDS hängt ausschließlich von den Argumenten ab, die sie beisteuern, und nicht davon, daß per „Zuständigkeit“ Einfluß reklamiert wird. Deutliche Kritik gab es indes daran, daß die Unterstützung des Bundesvorstands für ihre Arbeit gekürzt wird. Das betrifft zum einen die Bereitstellung von personeller Unterstützung, Räumen und Logistik, zum anderen die Finanzmittel: Gegenüber dem Haushaltsansatz 1998 werden die Mittel aus dem Finanzhaushalt 1999 gekürzt, allerdings können die Zusammenschlüsse über die von ihnen selbst aufbrachten Mittel jetzt frei verfügen. Trotzdem bleibt unter dem Strich eine Mittelkürzung, und vor allem die Sprecher der AGs Bildungspolitik und Internationalismus sowie der Ökologischen Plattform wiesen auf den Widerspruch hin, daß einerseits der ehrenamtlichen Arbeit großes Gewicht zukommt und auch beigemessen wird, andererseits Sachzwänge geltend gemacht werden, die auf eine Austrocknung eben dieser ehrenamtlichen Arbeit hinauslaufen. Darüber hinaus wurde auf das Problem hingewiesen, daß sich die Gewichte enorm in Richtung „Wahlpartei“ verschieben, wenn Millionen für Wahlkämpfe ausgegeben wird, für die für die Willensbildung aber unersetzliche Sacharbeit der IGs und AGs im Jahreshaushalt gerade mal 120 000 DM bereitgestellt werden. Kritisiert wurde auch, daß die Neuorganisation der Beziehungen zwischen Parteivorstand und Zusammenschlüssen – so gibt es ab sofort im Parteivorstand keine „Zuständigkeiten“ für die Zusammenschlüsse mehr, jedoch Ansprechpartner, die die Anliegen aufnehmen und weiterleiten; befürchtet wurde, daß sie als „Nadelöhr“ wirken – ohne vorherige Konsultation der AGs, IGs und Plattformen festgezurrte wurde. – Um den Austausch auch zwischen den Zusammenschlüssen zu fördern, sollen zukünftig jährlich solche Treffen der Sprecherinnen und Sprecher stattfinden, das nächste gegen Jahresende 1999. scc

Das **Europawahlprogramm der PDS** liegt jetzt als Sonderdruck des Pressedienstes vor. Anfang April soll dann die Broschürenform vorliegen. André Brie teilt im Pressedienst mit: „Entsprechend vielen Wünschen werden wir diesmal unsere Wahlprogramm in wesentlich höherer Auflage herausgeben als bei den Bundestagswahlen.“ Zahlreiche Landesverbände hatten gemeinsam bei den Bundestagswahlen das Wahlprogramm nachdrucken lassen, nachdem das Wahlbüro einen Nachdruck ablehnte.

Auf den 3. April ist jetzt die Bewerbungsfrist für die westlichen **Programmkommmissionsmitglieder** terminiert worden. Die westlichen Landesverbände haben zusammen zwei Vertreter (weiblich/männlich) in dieser wichtigen Kommission. Unter anderem hat sich Winfried Wolf, zum Unwillen einiger Parteivorstandsmitglieder, beworben.

Das „**Neue Deutschland**“ hat einen neuen Chefredakteur: Der Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion Jürgen Reents wechselte zum ND. „Zu seinen Bedingungen, so Reents, gehöre, daß die Zeitung (täglich 60 000 verkaufte Exemplare) keine Parteizeitung mehr sei und erst recht nicht ein Linienblatt in einer Partei sein könne“, berichtet der PDS-Pressedienst.

Großes Interesse zeigten die PDS-Mitglieder und Sympathisanten aus Nordrhein-Westfalen am **Kommunalpolitischen Ratschlag des PDS-Landesverbandes**. Etwa 65 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten in Plenen und Arbeitsgruppen über die Lokale Agenda 21, über kommunale Sicherheitspolitik, über Drogen-, Arbeitsplatz- und Gleichstellungspolitik, über Verfahren der Bürgerbeteiligung. Der PDS-Stadtratsabgeordnete Ernst Dmytrowski rief dazu auf, die Verpflichtungen der Lokalen Agenda 21 ernst zu nehmen, und in diesem Rahmen den Versuch zu unternehmen, die seit längerem bestehenden Altlasten-Kataster wieder an die Öffentlichkeit zu holen, sozialen und ökologischen Anliegen im Rahmen der Agenda Raum zu verschaffen. Viele Kommunen bemühen eigene Formen der „Bürgerbeteiligung“, bei denen die Einwohnerinnen und Einwohner meist nichts zu melden haben. Einige PDS-Gruppen wollen in diesem Jahr in die bevorstehenden Kommunalwahlen mit mehr Sachkenntnis und Hintergrundwissen eingreifen. Dafür lieferten die Arbeitsgruppen einiges Material. Die Konferenz verständigte sich darauf, in einem Kommunalpolitischen Forum auf Landesebene die verschiedenen Ansätze kommunaler Politik zu vernetzen. Die Beiträge der Konferenz sollen in einem Reader veröffentlicht werden. uld
Zusammengestellt: jöd

Dokumentiert

Positionen gegen den Angriffskrieg

Wir dokumentieren auf den folgenden Seiten Positionen aus im Bundestag vertretenen Parteien gegen den NATO-Angriffskrieg gegen die BR Jugoslawien. Das Dokument aus der PDS, unmittelbar nach Beginn der Bombardierung vorgelegt, begründet zusammenhängend die antimilitaristische Position der Partei, umreißt in der Kritik an der Kriegspartei in wesentlichen Fragen die Gegenpositionen und leistet für die Aufklärung und den (parlamentarischen und außerparlamentarischen) Widerstand wertvolle Argumentationshilfe. In diesen Tagen treten nach Berichten aus Berlin und anderen Städten zahlreiche Menschen in die PDS ein. Das ist gut; doch wäre für die schwere Auseinandersetzung um die Außenpolitik, für den Kampf gegen den Krieg und die Kriegstreiber verhängnisvoll, wenn die PDS zwar gestärkt, die Antikriegspositionen insgesamt jedoch in eine hoffnungslose Minderheit gedrängt und diese Minderheit isoliert werden könnte. Es wird also viel davon abhängen, ob die Kriegspartei, die das öffentliche Leben zur Zeit zu beherrschen scheint, insbesondere im rot-grünen Lager, unter den Mitgliedern und unter den Wählerinnen und Wählern, auf Widerstand stößt und ob sich dieser Widerstand angesichts des gewaltigen Drucks behaupten und entwickeln kann. Deshalb veröffentlichen wir die Erklärung einer Dissidentengruppe von SPD-Abgeordneten, einer Dissidentengruppe von Abgeordneten aus Bündnis 90/Die Grünen und einen Appell von Mitgliedern der Grünen aus Hamburg, unter den auch in der Bundespartei Unterschriften gesammelt werden (bis zum 29.3. über 200). scc



Hamburg

Einige Argumente

Laßt die Soldaten in den Kasernen

These 1. Krieg für den Frieden?

Die Kosovo-Krise hat zur schrecklichsten Folge internationalen Politikversagens geführt: Krieg ist Realität.

Die NATO bombardiert – erstmals seit dem II. Weltkrieg mit deutscher Beteiligung – Jugoslawien. Damit bricht sie geltendes Völkerrecht und destabilisiert den Frieden in Europa. Diese Militäraktion, die man nur als Aggressionskrieg gegen Jugoslawien bezeichnen kann, ist weder durch die Charta der UNO noch die der NATO gedeckt. Es muß eindeutig festgestellt werden, daß ein Angriff auf einen souveränen Staat selbst nach den bisher noch geltenden NATO-Bestimmungen nicht zulässig ist. Mit ihrer Entscheidung, sich an diesem Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien zu beteiligen, verletzt die amtierende Bundesregierung Artikel 26 GG und handelt verfassungswidrig.

These 2. Angriffskrieg gegen Jugoslawien. UNO und Völkerrecht werden ausgebootet.

Die UNO-Charta kennt ausschließlich zwei Szenarien als Rechtfertigungsgründe für militärische Maßnahmen: Nach Artikel 51 darf sich ein Staat militärisch zur Wehr setzen, wenn er oder einer seiner Bündnispartner angegriffen wird. Es steht fest, daß die Bundesrepublik Jugoslawien keinen anderen Staat angegriffen hat, auch keinen Mitgliedstaat der NATO. Der Krieg gegen Jugoslawien hat keine völkerrechtliche Legitimation, dieses gewaltsame Vorgehen ist deshalb nur „als Angriffshandlung zu qualifizieren“ (Hamburger Institut für Friedensforschung). Ungeachtet dessen, daß kein entsprechender Beschluß des UNO-Sicherheitsrates vorliegt, des einzigen völkerrechtlich legitimierten Gremiums mit einem Gewaltmonopol (UNO-Charta), soll Jugoslawien ein NATO-Diktat akzeptieren. Das ist einmalig in der Nachkriegsgeschichte. Die NATO-Staaten fordern von Jugoslawien, einem souveränen Staat, daß es auf seinem Territorium die Stationierung von NATO-Truppen zulassen soll. Die NATO sagt, sie greife ein, um im Kosovo eine menschliche Tragödie, vergleichbar der in Bosnien-Herzegowina, abzuwenden und die Voraussetzungen für eine friedliche Lösung zu schaffen.

Gerade dies aber muß bezweifelt werden. Vielmehr hat die bisherige Politik der NATO-Mitgliedstaaten gegenüber der Bundesrepublik Jugoslawien – Drohung mit Anwendung militärischer Gewalt – letztlich zur weiteren Verhärtung der Politik Jugoslawiens, zur Eskalation der Situation im Kosovo und zu einem erneuten Aufflammen der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Serben und Albanern geführt. Die Fadenscheinigkeit



der Argumentationslinie der NATO-Politik ist mit den jetzigen Kriegshandlungen offensichtlich geworden. Mit militärischer Gewalt ist kein dauerhafter Frieden zu erreichen. Serben und Albanern müssen auf dem Verhandlungswege zu einer Lösung für die konkrete Ausgestaltung ihres künftigen Zusammenlebens kommen. UNO-Truppen können durchaus zur Überwachung des Friedens hilfreich sein. Aber es bleibt festzustellen: Zu keinem Zeitpunkt haben sich die NATO-Staaten darum bemüht, die UNO zur Beilegung des Konfliktes und zur Kontrolle der Streitparteien mit einzuschalten. Vielmehr war ihre bisherige Politik auf eine weitere Marginalisierung der UNO und des Sicherheitsrates gerichtet. Daß dadurch Mißtrauen über die wahren Absichten der NATO entsteht, ist verständlich.

Offensichtlich will die NATO hier einen Präzedenzfall für ihre neue weltpolitische Rolle schaffen. Sie soll von einem kollektiven Verteidigungsbündnis zu einer militärischen Interventionsmacht umgewandelt werden. Die dazu zweifellos auch für sie notwendige Mandatierung für militärische Einsätze sucht sie sich selbst zu geben. Jugoslawien ist offensichtlich das erste Beispiel dieser Strategie.

These 3. Bomben und Soldaten vertiefen die Gräben

NATO-Bomben und -Militär werden auf dem Balkan die Gräben weiter vertiefen. Der Krieg der NATO gegen Jugoslawien wird insgesamt nicht, wie diese behauptet, den Balkan sicherer machen, sondern die Situation weiter destabilisieren. Weitergehende kriegsartige Auseinandersetzungen auf dem Balkan sind nicht auszuschließen.

Bomben auf Jugoslawien werden die jugoslawische Regierung nicht dazu bewegen können, ihre ablehnende Haltung zur Stationierung von NATO-Truppen auf ihrem Territorium aufzugeben. Ganz im Gegenteil. Was aber soll auf die Luftangriffe folgen? Ein Luftkrieg mit schweren

ren Opfern unter der serbischen und albanischen Zivilbevölkerung? Und wenn das noch nicht ausreicht, um die politischen Eliten Jugoslawiens zum Einschwenken auf die NATO-Positionen zu zwingen – die Entfesselung eines Bodenkrieges?

Zweifel sind angebracht, ob es der NATO in Kosovo wirklich um humanitäre Hilfe geht. Auch im NATO-Land Türkei werden nationale Minderheiten seit vielen Jahren brutal unterdrückt, werden Kurdinnen und Kurden ihres Rechts auf Selbstbestimmung beraubt, aus ihren historischen Siedlungsgebieten vertrieben und ihre Dörfer zerstört. Die NATO, deren Mitglied die Türkei ist, schweigt dazu. Menschenrechte aber sind unteilbar. Wer für den Kosovo etwas fordert, das er nicht bereit ist, auch anderen nationalen Minderheiten zu geben, macht sich unglaubwürdig. Auf jeden Fall läßt sich sagen: Die Entfesselung eines Krieges gegen Jugoslawien hat die Situation für die albanische Bevölkerung nicht sicherer gemacht. NATO-Bomben und Marschflugkörper treffen nicht nur militärische Objekte, sondern zerstören auch Straßen, Strom- und Wasserleitungen, fordern Opfer unter der Zivilbevölkerung. Nach dem von der NATO verursachten Abzug der unbewaffneten OSZE-Beobachter nutzt die jugoslawische Regierung die Möglichkeit, die UCK militärisch zu besiegen. Nicht die Stationierung von NATO-Truppen kann den Frieden bringen, sondern die Fortsetzung der insgesamt durchaus erfolgreichen Mission der OSZE in Kosovo hätte die Situation stabiler gemacht.

These 4. Frieden, Demokratie und Menschenrechte für den Kosovo

Kosovo, das mehrheitlich von Albanern, aber auch von Serben und anderen Minderheiten bewohnt wird, das zur Serbischen Republik gehört, wird nur zur Ruhe kommen, wenn den Menschen dort umfassende Menschenrechte zugestanden werden. Insofern sind auch wir der Auffassung, daß die jugoslawische Regierung ihre Politik gegenüber der albanischen Bevölkerungsmehrheit grundsätzlich verändern muß. Sie muß ihr weitgehende Autonomierechte gewähren. Dem hat die Delegation Jugoslawiens bei den Verhandlungen in Rambouillet bereits zugestimmt. Im Gegenzug müssen die Albaner in ihrem Autonomiegebiet den dort lebenden Minderheiten – Serben u.a. – verbindliche Zusicherungen für die Gewährleistung ihrer Rechte geben. Weil Jugoslawien ein multiethnischer Staat ist und dies im kleinen Maßstab auch auf Kosovo zutrifft, kann die Trennung und die Gründung neuer Staaten nicht der goldene Weg zu einer Lösung der Probleme sein. Die Menschen müssen lernen, in einem multiethnischen Staat zusammenzuleben. Dafür ist die Hilfe der internationalen Gemeinschaft erforderlich. Die PDS hat deutlich gemacht, daß sie von Milosevic eine Autonomieregelung für die Kosovo-

Albaner erwartet. Die Zusicherung eines Autonomiestatus für die Kosovo-Albaner zu einem früheren Zeitpunkt durch die jugoslawische Regierung hätten die jetzige Zuspitzung verhindern können.

Das Kosovo muß integraler Teil der Bundesrepublik Jugoslawien bleiben. Wer die Grenzen auf dem Balkan nach ethnischen Kriterien neu ziehen will, der öffnet eine Büchse der Pandora. Davor warnen viele Balkan-Regierungen.

Die NATO hat in Rambouillet jedoch keineswegs eindeutig garantiert, daß auch sie die territoriale Integrität Jugoslawiens anerkennt. Den Plänen der Kosovo-Albaner für eine Loslösung von Jugoslawien und Schaffung eines selbständigen Staatsgebildes wurde keine klare Absage erteilt. Insbesondere die USA haben erkennen lassen, daß sie Pläne, das Kosovo in ein NATO-Protektorat zu verwandeln, nicht rundweg ausschließen. Mit der Militäraktion gegen Jugoslawien kommt die NATO einer Hauptforderung der UCK nach und stellt sich militärisch faktisch auf deren Seite. Dies hilft nicht bei der Suche nach einem friedlichen Ausweg aus der Krise. Es bestärkt die jugoslawische Regierung in ihrer ablehnenden Haltung

These 5. Politische Lösung durch militärischen Druck gescheitert

Am 25. Februar 1999 wurde dem Deutschen Bundestag durch die Regierungskoalition unter Mithilfe der konservativen Oppositionsparteien die Zustimmung zu einer Verlegung von Truppen und schwerem militärischen Gerät unter anderem mit dem Argument nahegelegt, größerer militärischer Druck erhöhe die Chancen für Verhandlungen. Die PDS-Fraktion stimmte in namentlicher Abstimmung geschlossen gegen die Eskalation der Kosovo-Krise. Nun zeigt sich, daß der militärische Druck eben nicht zu einer Dialoglösung geführt, sondern die Ausgangspositionen zusätzlich verhärtet hat.

Was bedeutete es, daß der amerikanische Sonderbeauftragte Holbrooke erklärte: „Wir sind nur wenige Tage von einer Tragödie großen Ausmaßes entfernt“? Nichts anderes als das Eingeständnis, daß eine politische Lösung durch militärischen Druck gescheitert ist. Die angedrohte Aggression beschwört die Gefahr eines großen Balkankrieges herauf. Wer kann ausschließen, daß die erklärte Forderung der UCK nach einem Großalbanien (Kosovo, Albanien, Teile Mazedoniens und Griechenlands) nicht mit dem Ruf nach Großserbien, Großkroatien usw. ... beantwortet wird? Die Stimmung ist da, Kräfte, die das durchsetzen wollen, auch.

Zwar erklärt Außenminister Fischer, Krieg sei nicht akzeptabel, aber er hält an der Politik der Kriegsdrohung fest. Für ihn ist die politische Lösung der Kosovo-Krise untrennbar mit der Stationierung einer „von der NATO geführten Friedenstruppe“ verbunden. Die Verhandlungen haben sich in der NATO-Fal-

le verfangen. Die Möglichkeiten der OSZE und der UNO wurden ignoriert.

These 6. Bruch des Völkerrechtes

NATO-Truppen unter Beteiligung der Bundeswehr sind in Mazedonien aufmarschiert. Dies erfolgte ohne UNO-Mandat. Damit wird die Weltorganisation ausgehebelt und nachhaltig beschädigt. Um Aggressionen zu verhindern und den Weltfrieden zu erhalten, wurde in der Nachkriegsordnung der UNO das Mandat erteilt zu entscheiden, wann – und zwar immer mit dem Ziel den Weltfrieden zu erhalten – ein Aggressionskrieg durch die Völkergemeinschaft mit militärischer Gewalt beantwortet werden darf. Die UNO-Charta sieht vor, daß der Weltsicherheitsrat über das Gewaltmonopol verfügt und die notwendigen Entscheidungen trifft. Jetzt hat die NATO einen Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat entfesselt. Dies ist Bruch des Völkerrechtes. So wie die NATO agiert, hat sie die internationale Politik auf das Niveau des Rechts des Stärkeren zurückgeworfen. Offensichtlich will sie vollendete Tatsachen schaffen. Damit droht sie, das nach dem zweiten Weltkrieg entstandene System der internationalen Beziehungen, das auf dem Konsens der Weltmächte beruht, zu zerstören.

Neben der UNO, die geschwächt aus dieser Krise hervorgeht, ist vor allem auch die OSZE in ihrer Grundexistenz in Frage gestellt. Dieses Organ kollektiver Sicherheit, an dem alle europäischen Staaten beteiligt sind, stellt das Schema der „neuen Weltordnung“ vom Grundsatz her in Frage und paßt daher nicht in diese von den führenden Industriestaaten verfolgte Konzeption einer künftigen internationalen Großmachtpolitik. Die OSZE ist aber gerade zu dem Zweck geschaffen worden, Konflikte mit zivilen und friedlichen Mitteln zu lösen. Es ist schon bemerkenswert, mit welcher Eile die OSZE aus dem Kosovo vertrieben wurde und wie wenig sie in der Argumentation der Bündnis-Grünen und der SPD eine Rolle spielt.

These 7. Die NATO hat sich krisenverschärfend verhalten

Die NATO redet davon, mit ihrer militärischen Aktion gegen Jugoslawien den Frieden erzwingen zu wollen. Aber ihr Handeln entspricht nicht den verkündeten Absichten. Statt der Sorge um die Souveränität und territoriale Integrität Jugoslawiens durch die Aufnahme einer Bestandsgarantie in das Vertragswerk von Rambouillet zu entsprechen, wurde in dem von der albanischen Seite und der NATO unterzeichneten Dokument die Möglichkeit einer Abspaltung des Kosovo nach drei Jahren offen gehalten. Das wirkte krisenverschärfend. Statt auf den berechtigten Einwand der Jugoslawen einzugehen, daß einer Stationierung von NATO-Truppen die rechtliche Grundlage fehlt, und selbst auf eine Mandatierung durch die UNO hinzuwirken, beharrt die

NATO darauf, in Verletzung des Völkerrechtes einzig und allein unter ihrem Kommando stehende Truppen in Jugoslawien stationieren zu wollen. Damit ist die Tür für mögliche Kompromisse zugeschlagen worden. Ernsthaftige Bemühungen, die die Abwendung einer humanitären Katastrophe zum Ziel haben, müssen auf dem geltenden Völkerrecht beruhen. Das erfordert die Einschaltung der UNO und ihr politisches Agieren.

Im übrigen hatte es in Rambouillet über den politischen Teil des Vertragswerkes bereits einen weitgehenden Konsens zwischen Jugoslawen und Albanern gegeben. Für die Gewährleistung einer solchen politischen Lösung wäre die OSZE zuständig gewesen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, wie zögerlich die dringend notwendige Auffüllung der Gruppen unbewaffneter OSZE-Beobachter durch einige NATO-Staaten erfolgte, wie diese systematisch klein gehalten und schließlich übereilt abgezogen wurden. Sollte durch das Beharren auf der Rolle der NATO ein möglicher Kompromiß mit Milosevic verhindert werden?

These 8. Kosovo und Europa

Der Aggressionskrieg der NATO gegen die souveräne Bundesrepublik Jugoslawien beschädigt dauerhaft die weiteren Beziehungen unter den Staaten Europas. Welcher europäische Staat, der nicht der NATO angehört, ist von nun an noch davor sicher, nicht Strafmaßnahmen bis hin zu Waffengewalt befürchten zu müssen, wenn seine Politik nicht den Vorstellungen der selbsternannten NATO-Gendarmen entspricht? Die Willkür, mit der z. B. zwischen den verletzten nationalen Rechten von Albanern und Kurden unterschieden wird, läßt Schlimmes erwarten. Was bleibt von solchen Grundpfeilern der europäischen Sicherheit wie der Schlußakte von Helsinki oder der Charta von Paris noch übrig?

Besonders bedenklich ist die Ignorierung der Position und der Sicherheitsinteressen Rußlands. Das Aushebeln seines Vetorechts im UNO-Sicherheitsrat entwertet auch das Vetorecht der anderen Ständigen Mitglieder. Die Zusammenarbeit mit der NATO, die die gegen Rußland gerichtete Spitze der NATO-Osterweiterung dürtig kaschieren sollte, zerfällt. Die Ukraine und Belorußland erwägen die Rücknahme ihres atomwaffenfreien Status.

These 9. Deutschland mit im Krieg

Die Bundesrepublik ist an einem Angriffskrieg beteiligt. Deutsche Flugzeuge werden Bomben werfen. Sollte es zu einem Bodenkrieg kommen, werden deutsche Soldaten auch schießen. Auf jeden Fall werden sie vielen Menschen, ob Soldaten oder Zivilisten, den Tod bringen. Deutsche Soldaten werden an einem Ort ihr Leben lassen, wo sie nichts zu suchen haben. Im Zweiten Weltkrieg hinterließen deutsche Truppen auch auf dem Balkan

eine Spur der Verwüstung. Dies ist im kollektiven Bewußtsein der Serben bis heute unvergessen. Wenn jetzt deutsche Soldaten erneut Tod und Zerstörung über Jugoslawien bringen, ist dies moralisch doppelt verwerflich. Deutschland mit seiner Vergangenheit hat sich an keinem Ort dieser Welt, auch nicht in Jugoslawien, an einem Angriffskrieg zu beteiligen.

„Nie wieder Krieg!“ war 50 Jahre lang Konsens in der deutschen Politik und Gesellschaft. Dieser Grundsatz fand auch Eingang in die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Die UNO-Charta wurde mit einem eigenen Gesetz vom 6. Juli 1973 uneingeschränkt anerkannt. Dieses Gesetz verbietet jede Androhung oder Anwendung von Gewalt. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland legt fest, daß „die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes“, wozu die UNO-Charta gehört, „Bestandteil des Bundesrechtes“ sind (Art.25 GG).

Wohl niemand hätte gedacht, daß nach 16 Jahren Kohl-Regierung nun Rot-Grün so skrupellos in einen Krieg zieht. Mit dieser Entscheidung hat Rot-Grün seine Seele verkauft. Mag sein, daß sich diese Regierung gegenwärtig nicht mit größeren außerparlamentarischen Bewegungen, die gegen den Krieg protestieren, konfrontiert sieht. Jedoch die Regierung Schröder wird als Kriegsregierung in die Geschichte eingehen. Schröder wird sich gefallen lassen müssen, als Kriegskanzler titulierte zu werden. Vielleicht hat Oskar Lafontaine das gewußt oder geahnt und wollte sich an dieser Pervertierung sozialdemokratischer Politik nicht mitschuldig machen.

Die PDS steht kompromißlos gegen Krieg und Militarismus. Wir wollen ein Europa ohne Waffen. Wir sagen Nein zum Einsatz der Bundeswehr in diesem Krieg! Nein zur Kriegspolitik der Bundesregierung! Für uns gilt nach wie vor: Nirgends und nie wieder Krieg!



Grüner Kriegsgegner auf der Berliner PDS-Kundgebung

Erklärung von SPD-Abgeordneten ...

Wir wollen keine ‚neue NATO‘

Zu den Luftangriffen der NATO auf Ziele in der Bundesrepublik Jugoslawien erklären die SPD-Bundestagsabgeordneten Klaus Barthel, Uwe Hiks, Konrad Gilges, Konrad Kunick, Christine Lambrecht, Detlev von Larcher, Christa Lörcher, Andrea Nahles, Günter Oesinghaus:

„Mit den Luftangriffen der NATO auf die Bundesrepublik Jugoslawien wird sich unserer Meinung nach die humanitäre Katastrophe im Kosovo nicht lindern lassen. Sie erschweren eine politische Lösung des Konfliktes. Wir befürchten eine Verschlimmerung der Situation.

Die Luftangriffe der NATO finden trotz der Entscheidung des Deutschen Bundestages vom 16. Oktober 1998 unserer Ansicht nach ohne ausreichendes völkerrechtliches Mandat statt. Wir teilen die Kritik von UN-Generalsekretär Kofi Annan, der gestern klargestellt hat, daß kein Mandat des UN-Sicherheitsrates für diese Angriffe vorliegt. Unser Eindruck ist, daß sich einige NATO-Regierungen auch nicht ausreichend um ein solches Mandat bemüht haben. Die Auseinandersetzungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien und den Kosovaren ist eine innerstaatliche Auseinandersetzung. Die NATO hat entgegen dem NATO-Vertrag einen souveränen Staat angegriffen. Wir stellen uns die Frage, warum sie die humanitäre Katastrophe im Kosovo als Grund für einen Angriff sieht, nicht aber andere humanitäre Katastrophen wie z. B. in Kurdistan. Die Zivilbevölkerung des Kosovo ist großen Gefahren ausgesetzt. Wir wissen genau um die Verbrechen, die serbische Einheiten begangen haben, und verurteilten sie.

Und wir wissen um die Verantwortung von Slobodan Milosevic für diese Verbrechen. Genauso verurteilen wir aber die Übergriffe und den Terror der UCK. Wir fragen vor diesem Hintergrund auch, warum keine Anstrengungen unternommen wurden, um den Waffenzufluß aus Albanien an die UCK zu unterbinden. Es ist bezeichnend und besorgniserregend zugleich, daß in der Nacht der Luftangriffe die UCK serbische Einheiten angegriffen hat. Die UCK hat ebenfalls erhebliche Verantwortung für die Eskalation der vergangenen Monate.

Die vergangene Nacht hat eine ‚neue NATO‘ gezeigt, die wir nicht wollen. Allen anderslautenden Erklärungen zum Trotz findet eine Kooperation mit Rußland nicht mehr statt – im Gegenteil, Rußland wird brüskiert und vor den Kopf gestoßen. Das wirft die Bemühungen um die kooperative Gestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur zurück.

Es ist völlig unklar, wie das Vorgehen

nach den Luftangriffen aussehen soll. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, andere Instrumente zu stärken, um mit Situationen wie im Kosovo fertig zu werden. Bomben sind dafür das am wenigsten geeignete Mittel.“

... und grünen Abgeordneten

Die Luftangriffe sofort beenden!

Gemeinsame Erklärung der bündnisgrünen Abgeordneten Monika Knoche, Annelie Buntbach, Steffi Lemke, Irmgard Schewe-gerigk, Christian Simmert, Christian Ströbele und Sylvia Voss zum Krieg im Kosovo (26.3.1999)

Die Luftangriffe der NATO auf Jugoslawien müssen sofort beendet werden. Die humanitäre Katastrophe im Kosovo wird sich nicht mit der Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO mildern lassen. Vielmehr fürchten wir, daß sie eine politische Lösung erschwert und die Situation gerade für die Zivilbevölkerung verschlimmert. So dringend Hilfe für die Zivilbevölkerung ist, so wenig ist erkennbar, wie Bomben, deren unmittelbare Folge Zerstörung und Tod sind, der humanitären Hilfe dienen sollen.

Ohne Mandatierung durch die UN, die wie jetzt UN-Generalsekretär Kofi Annan noch einmal feststellte, nicht vorliegt, verstoßen diese Angriffe gegen das Völkerrecht. Bei der Abstimmung im Bundestag am 16.10.98, wo über die deutsche Beteiligung an dem jetzt in die Tat umgesetzten Drohszenario der NATO gegen Jugoslawien entschieden wurde, hat der damalige Abgeordnete Hirsch dies in einer persönlichen Erklärung folgendermaßen kritisiert: „Darum bin ich der Überzeugung, daß ein militärisches Vorgehen der NATO mit dem geltenden Völkerrecht nicht begründet werden kann und daß wir mit der heutigen Entscheidung einen irreparablen Vorgang schaffen, auf den sich später andere – im Osten wie im Westen – berufen werden. Damit schaffen wir keine neue Friedensordnung, sondern kehren zu dem Zustand des Völkerrechts zurück, in dem es sich vor der Gründung der Vereinten Nationen befunden hat. Das kann und will ich nicht mit verantworten.“ Ein Militärbündnis, das seine Wurzeln im Kalten Krieg hat, ist weder jetzt noch in Zukunft das richtige, international legitimierte Einsätze zur Friedenserhaltung, geschweige denn zur Friedenserzwingung durchzuführen. Statt die UN weiter zu entmachten, brauchen wir dringend eine breit unterstützte politische Intervention des UN-Generalsekretärs. Wir sehen allein in der UN die internationale, völkerrechtlich legitimierte Handlungsebene, die es zu stärken gilt.

Mit den Luftangriffen macht die NA-

TO sich zu einem Teil der Eskalationslogik des Kriegs im Kosovo. Welches politische Ziel mit diesen Luftschlägen durchgesetzt werden kann, wenn Milosevic die Unterschrift weiter verweigert, bleibt völlig unklar. Ebenso haben die Verantwortlichen bis heute keine Antwort darauf gegeben, zu welch hochriskanten Situationen die Eskalation, aus der es ab einer bestimmten Stufe nur schwerlich noch einen Ausstieg geben wird, führen kann. Selbstverständlich hoffen wir, daß dies nicht der Fall sein wird, aber zu der Abwägung, die zu einer verantwortlichen Entscheidung, gerade im Interesse der unmittelbar Beteiligten, führt, gehört auch der Einbezug des worst case.

Wir teilen die Sorge um die Menschen im Kosovo, die in den letzten Jahren Vertreibung, Mord und Zerstörung ihrer Dörfer ausgesetzt worden sind. Auch sind wir der Auffassung, daß es nicht hinzunehmen ist, wenn ein Staat gegen seine Bevölkerung – auch wenn sie nach Autonomie oder staatlicher Eigenständigkeit drängt – Krieg führt. Genauso wenig kann hingenommen werden, wenn Autonomie mit der Waffe in der Hand durchgesetzt werden soll und Leiden und Opfer in der Zivilbevölkerung in Kauf genommen werden, um militärische Vorteile in einem bewaffneten Konflikt zu erringen. Gerade dem Schutz der Zivilbevölkerung gilt unsere Sorge, humanitäre Hilfe ist dringend erforderlich. Auch diejenigen, die aus dem Kosovo geflüchtet sind oder jetzt flüchten, brauchen unsere Unterstützung, uneingeschränkte Schutzgewährung und Anerkennung als Kriegsflüchtlinge – und die Sicherheit, nicht in eine solche Lage abgeschoben zu werden.

Wir erleben eine historische Zäsur. Zum ersten Mal seit 1945 führt die Bundesrepublik Deutschland Krieg, ist die Bundeswehr in einem out of area Einsatz direkt an Kampfhandlungen beteiligt. Wir lehnen dies ab. Daß mit Bomben kein Krieg zu beenden und mit Militär kein Frieden zu machen ist – über diese politische Kernaussage muß die Auseinandersetzung in der Gesellschaft intensiviert werden. Dafür werden wir uns engagieren.

Appell Grüner Parteimitglieder aus Hamburg

Den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien sofort beenden! Den Weg für eine friedliche und nachhaltige Lösung des Kosovo-Konflikts offenhalten!

Seit über einem Jahr herrscht im Kosovo Bürgerkrieg. Gerade in den letzten Tagen haben nationalistische Exzesse und Ver-

treibung weiter zugenommen. Täglich werden Menschen getötet, Tausende sind auf der Flucht. Dafür trägt die serbische Zentralregierung Verantwortung, die die Kosovo-AlbanerInnen seit Jahren unterdrückt und diskriminiert.

Am 24. 3. 99 hat die NATO Luftangriffe gegen die BR Jugoslawien und damit einen Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat begonnen. Dabei ist nicht erkennbar, wie das Ziel, eine humanitäre Katastrophe im Kosovo zu verhindern, dadurch abgewendet werden soll. Wahrscheinlicher ist das Gegenteil, nämlich, daß die humanitäre Situation durch die Luftangriffe weiter verschärft und neuer Haß gesät wird. Auch wenn die Militärschläge in erster Linie auf militärische Objekte zielen, führt dieser Krieg wie jeder andere zu Opfern unter der Zivilbevölkerung.

Am Einsatz, der ohne UN-Mandat und gegen den ausdrücklichen Widerstand Rußlands erfolgte, ist auch die deutsche Bundeswehr beteiligt. Nachdem mittels einer Salamitaktik die friedenspolitischen Positionen in der bundesdeutschen Gesellschaft und bei den Grünen in den letzten Jahren aufgeweicht worden sind, können wir heute sagen: Die Salami ist an ihrem Ende angekommen. Der Rubikon ist überschritten. Die BR Deutschland beteiligt sich an einem Angriffskrieg.

Wir mißbilligen, daß unsere Grünen Regierungsmitglieder und die Mehrheit der Grünen MdBs durch ihre Zustimmung zur Kosovo-Politik der NATO am 16.10.98, am 13.11.98, am 19.11.98 und am 25.2.99 im Bundestag die politische Grundlage für die deutsche Beteiligung geschaffen bzw. bekräftigt haben. Wir danken den 6 Grünen MdBs, die auch im Februar noch ihre Zustimmung verweigert haben, dafür, daß sie trotz enormen politischen und medialen Drucks mit Mut und Rückgrat der Kriegslogik widerstanden haben.

Auch wenn wir die serbische Unterdrückungspolitik gegen die Kosovo-Albaner schärfstens verurteilen, teilen wir dennoch keineswegs die Position, daß es ausschließlich in der Hand der jugoslawischen Regierung liegt, den NATO-Angriffskrieg zu beenden. Die NATO selbst, und mit ihr die deutsche Bundesregierung, trägt die Verantwortung für die Eskalation und kann ihre Kriegsaktivitäten jederzeit selbst beenden. Auch an ihrem Beharren auf der Stationierung von NATO-Gruppen im Kosovo ist der Konfliktlösungsversuch von Rambouillet gescheitert. Alle politischen Funktionsträger, die in den letzten Monaten diese Politik unterstützt haben, tragen dafür Mitverantwortung.

Wir fordern alle Konfliktparteien im Kosovo, die Serben, Kosovaren und die NATO, auf, ab sofort alle bewaffneten Auseinandersetzungen einzustellen. Wir fordern, daß unter neutraler Vermittlung ein Friedensabkommen ausgehandelt wird. Dieses sollte durch friedenserhal-

tende Einheiten der zuständigen internationalen Organisationen, OSZE bzw. UNO, mandatiert nach Kapitel VI der UN-Charta überwacht werden, um so den vielen Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Dörfer zu ermöglichen. An solchen internationalen Einheiten soll sich Deutschland in angemessener Form beteiligen. Wir sehen keine Alternative zu einer friedlichen Lösung, die die Interessen aller Konfliktparteien ausbalanciert.

Der Friedensprozeß muß mit wirtschaftlicher Unterstützung für das Kosovo einhergehen. Es ist sinnvoller, einen entsprechenden Fonds in der Größenordnung von 2 Milliarden Dollar pro Jahr zur Vermeidung eines langjährigen Krieges als erst nach dessen Ende bereitzustellen (wie beim Dayton-Frieden für Bosnien-Herzegowina). Verglichen mit den Kosten für eine militärische Lösung (allein der deutsche Beitrag für NATO-Bodentruppen ist mit 620 Mio. DM veranschlagt) ist die genannte Summe bescheiden. Hier ist der politische Wille und die Entschlossenheit der reichen westlichen Industriestaaten gefragt. Wir begrüßen deswegen, daß auf Einladung der schwedischen Regierung am 23.2.99 VertreterInnen von 60 Staaten und internationalen Organisationen zu einem ersten Treffen über den Wiederaufbau des Kosovo zusammengekommen sind.

Der Kosovo-Konflikt ist eng verknüpft mit der Formulierung der neuen NATO-Strategie, in der die NATO-Selbstmandatierung für Militäreinsätze über das Völkerrecht und damit faktisch das Gewaltmonopol der UNO außer Kraft gesetzt werden soll. Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien ist als Probelauf für die beabsichtigte Strategie zu verstehen. Wir fordern, daß sich die deutsche Regierung auf dem NATO-Gipfel im April bei der Entscheidung über die neue NATO-Strategie entsprechend des Koalitionsvertrages der Selbstmandatierung der NATO für Einsätze jeder Art einen Riegel vorschiebt.

Wir fordern die Grünen Regierungsmitglieder und MdBs auf, ihre Unterstützung der abenteuerlichen NATO-Politik zu beenden, auf die Beschlußlage der Grünen Partei zurückzukehren und ihren Einfluß zu benutzen, den Angriffskrieg gegen Jugoslawien sofort zu beenden.

Wir rufen alle Mitglieder der Grünen auf, an den Protestaktionen der nächsten Tage und insbesondere an den bevorstehenden Ostermärschen der Friedensbewegung teilzunehmen und damit deutlich zu zeigen, daß der politische Kurs der rotgrünen Bundesregierung von einem relevanten Teil der Grünen Partei nicht mitgetragen wird.

Hamburg, den 25.3., Uli Cremer, Andreas Bachmann, Christine Buckholt, Cornelia Fries, Norbert Hackbuch (MdBü), Birte Hartmann, Lutz Jobs (MdBü), Julia Koppke (MdBü), Wiebke König, Markus Krajeuski, Jens Niemann, Heike Sudmann (MdBü), Susanne Uhl (MdBü)

Vorgestellt

Das Friedens-Memorandum 1999

Seit fünf Jahren findet jährlich in Kassel der bundesweite und internationale „Friedenspolitische Ratschlag“ statt. In diesen Tagen hat der Bundesausschuß des Ratschlages das „Friedens-Memorandum 1999“ vorgelegt, das von über 134 Vertreterinnen und Vertretern lokaler Friedensbasisinitiativen, regionaler Friedenszusammenschlüsse und bundesweiter Organisationen und Kampagnen namentlich getragen wird. Erarbeitet vor dem NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien, ist es eine wichtige Stütze zur grundlegenden Auseinandersetzung mit der herrschenden Außen- und Sicherheitspolitik.

Das Memorandum enthält fünf Teile. In Teil 1 wird eine friedenspolitische Bilanz des Jahres 1998 gezogen, die, obwohl eingestandenermaßen lückenhaft, unter der Überschrift „Viel Rückschritte – wenig Lichtblicke“ knapp, aber kenntnisreich wichtige Ereignisse und Entwicklungen festhält und auch Stichworte für den jeweiligen Hintergrund liefert. Unter den Rückschritten werden neben den Atomtests in Indien und Pakistan, dem US-Staatsterrorismus als Antwort auf terroristische Anschläge, der Giftgasproduktion in Israel (acht Jahre nach dem Absturz einer israelischen Transportmaschine über einem Amsterdamer Wohnviertel kam an die Öffentlichkeit, daß sich unter ihrer Fracht in großer Menge ein wichtiger Grundstoff für das Nervengas Sarin befand), der Verschärfung des Zypernkonflikts, der Militärachse Türkei-Israel, der Entwicklung des bewaffneten Konflikts zwischen Eritrea und Äthiopien und der Entwicklung in Algerien auch der atomare Forschungsreaktor Garching II aufgeführt, mit dem die BRD einen „gefährlichen Sonderweg“ beschreite, „der in einem ‚Griff nach der Bombe‘ enden könnte. Denn im Unterschied zu Reaktoren in den USA, Frankreich und China wird in Garching für die Experimente atomwaffenfähiges hochangereichertes Uran als Brennstoff eingesetzt.

Gegenüber den „Rückschritten“ nehmen sich die – meist zudem fragilen – „Lichtblicke“ (u.a. Ächtung der Landminen, Friedensprozesse in Nahost und Nordirland) bescheiden aus. Das Jahresende ist friedenspolitisch durch den „Dritten Golfkrieg“, der mindestens 1 600 Irakis das Leben kostete, und durch die an die Öffentlichkeit dringende neue NATO-Strategie gekennzeichnet. Dieser neuen Strategie zufolge, die jetzt im April verabschiedet werden soll, sieht Mi-

litäreinsätze „out of area“ grundsätzlich ohne UN-Mandat vor und läßt die Rolle der Kernwaffen unangetastet. Bündig wird dargelegt, daß der NATO-Einsatz gegen Jugoslawien gegen die UNO-Charta, gegen den Nordatlantikvertrag und das Grundgesetz verstößt.

Im zweiten Teil setzt sich das Memorandum gründlich mit dem außenpolitischen Teil der Koalitionsvereinbarungen auseinander; zeigt ihre Ambivalenzen auf und kritisiert, daß von „Erneuerung“ wenig, von „Kontinuität“ dagegen viel zu finden ist, insbesondere bei den Kenntnissen zu NATO, US-Militärpräsenz und WEU, beim Festhalten an den „neuen Aufgaben“ deutscher Streitkräfte in aller Welt, bei der Durchsetzung der Rüstungsbeschaffungsvorhaben, beim Festhalten am Eurofighter, bei der Ausbildung und Aufrüstung der Krisenreaktionskräfte und des Kommandos Spezialkräfte und damit am Aufbau einer strukturellen Angriffsfähigkeit der Bundeswehr ...

Teil 3 befaßt sich mit Überlegungen, wie sich die Friedensbewegung auf die veränderten politischen Kräfteverhältnisse einstellen soll und rückt – dies war dann hochaktuell, als das Memorandum der Öffentlichkeit vorgestellt wurde – die „Absage an Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland“ in den Mittelpunkt. Die Forderung, die eigenen Zielsetzung unter Berücksichtigung der realen Situation zu formulieren, wird in den beiden letzten Teilen aufgenommen.

Teil 4 entwickelt als Alternative zur herrschenden Außen- und Sicherheitspolitik „unsere friedenspolitischen Ziele und Grundsätze“ und benennt eine Reihe von Zwischenschritten zu einer „Welt ohne Krieg und Waffen“, neben anderen die Bestrafung jeglicher Aggression und Intervention nach geltendem Völkerrecht, die Reduzierung aller Militärausgaben und die Auflösung von Militärpakten jeglicher Art. Hier vielleicht ist kritisch anzumerken, daß die Forderung nach Recht auf Flucht, also nach uneingeschränktem Asylrecht nicht als (auch) friedenspolitische Forderung aufgegriffen wird.

Teil 5 schließlich entwickelt „Elemente eines friedenspolitischen Sofortpro-

gramms für 1999. Da sich das Ungleichgewicht in Sachen Rüstung und Soldaten in KSE-Europa enorm verschärft – bei Soldaten hat die NATO ab 1999 (wahrscheinlich ab der NATO-Erweiterung) ein Übergewicht von 2,97 zu 1 gegenüber Rußland/Belarus, bei Kampfpanzern von 2,33 zu 1, bei Schützenpanzern von 2,81 zu 1 usw. –, fordert das Memorandum nicht nur die Abrüstung der NATO, sondern entsprechend die proportionale Reduzierung der Bundeswehr entsprechend ihrem Anteil an der Überrüstung (etwa die Reduzierung des Heeres von 26 auf 13 Kampfbrigaden, die Halbierung der Marine, Auflösung des Kommandos Luftbewegliche Kräfte ...). Ziel dabei ist nicht zuletzt zu verhindern, daß die Bundeswehr die Ausrichtung auf strukturelle Angriffsfähigkeit zu Ende führt.

Unter diesem Gesichtspunkt werden auch die verschiedenen Beschaffungsprogramme unter die Lupe genommen und kritisiert. Nicht nur das Eurofighter-Programm, auch andere Waffenbeschaffungsprogramme sind so ausgelegt, daß sie die Bundeswehr in die Lage versetzen sollen, weit im Hinterland des Gegners zu operieren. So etwa die neuen Marschflugkörper großer Reichweite, die Kampfhelikopter Tiger, die neu entwickelte Kampfdrohne Taifun. Ebenso verweist das Fregattenprogramm auf die Verstärkung des Interventionenkurses, den auch die rot-grüne Regierung fortsetzt und verstärkt. Das Memorandum fordert die Stornierung der Entwicklung, Erprobung und Produktion all dieser milliardenschweren Projekte. Fazit: „Wir wollen ein Umsteuern hin zu einer Bundeswehr, die strukturell nicht angriffsfähig ist. Die geplanten über 200 Beschaffungsprogramme, die den multinationalen deutschen Rüstungskonzernen Aufträge in Größenordnungen zukommen lassen, die die 200 Mrd.-DM-Grenze zu überschreiten drohen, gehören alle auf den Prüfstand und gehören zunächst drastisch abgespeckt bzw. storniert. Aus dem frei werdenden Geld sind Fonds für die Konversion der Rüstungsproduktion für zivile Produkte und zur sozialen Abfederung der Beschäftigten der Rüstungsindustrie zu finanzieren.“



Pioniere der Krisenreaktionskräfte in Bosnien

Friedensratschlag – Bundesausschuß (Hrsg.)

Friedens-Memorandum 1999

Die Politik entmilitarisieren – Atomwaffen abschaffen – Bei uns abrüsten, Kassel 1999

Bezugsadresse: Universität GhK, P. Strutynski, FB 10, Nora-Platiel-Str. 5, 34109 Kassel, Tel. (05 61) 8 04-23 14, Fax 8 04-37 38,

oder:

Friedensratschlag, c/o DGB Kassel, Spohrstr. 6, 34117 Kassel.

Das Memorandum wird zum Selbstkostenpreis von DM 5,- abgegeben.



- Für Menschenrechte in der Türkei und eine politische Lösung der Kurdenfrage
- Für eine europäische Friedensinitiative
- Für die Aufnahme von Friedensverhandlungen unter kurdischer Beteiligung, bei denen Abdullah Öcalan eine Schlüsselstellung einnimmt
- Gegen Rüstungsexporte an die Türkei
- Gegen die Abschiebung von Kurden und Kurdinnen in die Türkei, wo ihnen Folter und Verfolgung drohen
- Gegen das Verbot aller kurdischen Institutionen und Organisationen in Deutschland und Europa

Die Europäischen Regierungen stehen vor der vielleicht letzten Chance, eine friedliche Lösung der Kurdenfrage zu erreichen. Niemand sollte sich über die Dringlichkeit und den Ernst der gegenwärtigen Situation täuschen. (...)

Die kurdische Frage wird nicht militärisch gelöst werden, sie wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden.
JETZT brauchen wir ein Signal der Hoffnung, damit der Frieden endlich eine Chance bekommt.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung in ihrer Verantwortung für die europäische Präsidenschaft auf:

- Die Idee einer „Internationalen Konferenz zur Lösung der Kurdenfrage“ konkret zu unterstützen und sich unverzüglich bei der türkischen Regierung für einen sofortigen Waffenstillstand und eine Verhandlungslösung einzusetzen,
- als konkretes Zeichen jegliche Waffenexporte und Lizenzfertigungen für das türkische Militär zu stoppen und keine Kurden und Kurdinnen in Folter und Verfolgung in die Türkei abzuschieben,
- das Betätigungsverbot für die PKK in Deutschland aufzuheben,
- sich in Europa und Amerika für die Anerkennung der PKK als Verhandlungspartnerin einzusetzen,
- bei der türkischen Regierung Sicherheit für das Leben des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan einzufordern und ihn als eine Schlüsselfigur für eine politische Lösung des Konfliktes und für Friedensgespräche freizulassen,
- sich für die Entsendung einer OSZE-Delegation zu den Kommunalwahlen einzusetzen,
- bei der türkischen Regierung die Zulassung ständiger Beobachterdelegationen aus Parlamentariern und Personen des öffentlichen Lebens während des Prozesses gegen Abdullah Öcalan anzumahnen.

Zu der Demonstration rufen auf:

Riza Baran (Mitglied des Abgeordnetenhauses, Berlin), Günther Böhm (Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan); Friedel Grützmacher (Mitglied des Landtages in Rheinland-Pfalz); Jemal Karsli (Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen); Ursula Lötzer (Mitglied des Deutschen Bundestages); Giyasetin Sayn (Mitglied des Abgeordnetenhauses, Berlin); Kölner Netzwerk „kein mensch ist illegal“

UnterstützerInnen u.a.:

D. Amedi, Europäische Organisation für Menschenrechte; Jürgen Bischoff, DJU Hamburg, IG Medien; Hans Branscheidt, medico international, Appell von Hannover; Murat Çakir, Föderation der ImmigrantInnenvereine aus der Türkei; Deutscher Freidenker Verband, Landesverband HH/SH; Soheila Manoy, Leyla Agdas, Fédération Démocratique Internationale des Femmes; France Liberté, Stiftung Danielle Mitterand, Frankreich; Gesellschaft für bedrohte Völker, Österreich; JUSOS in der SPD, Bundesverband; Kampagne gegen Rüstungsexport, Wiesbaden; Kurdistan-Informationszentrum Köln; Angelo Lucifero, HBV Thüringen; Mouvement contre le Racisme et pour l'amitié entre les peuples (MRAP), Frankreich; Prof. Dr. Wolf Dieter Narr, Komitee für Grundrechte und Demokratie; Konstantinos Pappas, Vorsitzender des Verbandes der Griechischen emeinden in der BRD; Dr. Gisela Penteker, Vorstandsmitglied IPPNW; Elina Saari, Finnisch-Kurdisches Friedensforum; Viljo Sigurdsson, Dänisch-Kurdische Freundschaftsgesellschaft; SOS Racisme, Frankreich; Swiss Federation of Tamils Associations

ADRESSAUFKLEBER

10./11. April 1999: Setkani-Wochenende: Am 10.4., 19 Uhr: NATO-Osterweiterung und neue NATO-Strategie (Tobias Pflüger). Die tschechische Friedensbewegung und der NATO-Beitritt (Jan Sumavsky). **München**, Lothringer Bierhalle, Lothringer Str. 10. Am 11.4., 10-13 Uhr: Setkani-Treffen. Anmeldung unter Fax. 089/5028112.

23.-25. April 1999: NATO-Gipfel in Washington. Verabschiedung der Strategie der „neuen NATO“, Diskussion über weitere NATO-Beitritte

24. April 1999: Millions for Mumia: An diesem internationalen Aktionstag ruft die Solidaritätsbewegung zu Demonstrationen, Kundgebungen und anderen Protestaktionen Aktionstag für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal auf. Auch in der Bundesrepublik Deutschland sind an verschiedenen Orten Veranstaltungen in Vorbereitung. Erkundigt Euch vor Ort.

13.-16. Mai 1999: Eurocamp. Ein Treffen zwischen KSCM, PDS, deutschen, französischen und tschechischen Linken in der Tschechischen Republik. Infos und Anmeldung bei Sabine Lichtwald, Zimmer Str. 2, 03044 Cottbus. Tel. 0355/821237.

14. Mai 1999: CDU-Wertekongress in Cottbus

23. Mai 1999: Bundesversammlung wählt Bundespräsidenten

28. Mai 1999: 50. Bundesparteitag der F.D.P in Bremen

25.-29. Mai.1999: Internationaler Euromarsch Brüssel-Köln.

29. Mai 1999: Großdemonstration gegen Erwerbslosigkeit, ungesicherte Beschäftigung, Ausgrenzung und Rassismus in Köln. Erwartet werden mehrere zehntausend Menschen aus allen Ländern Europas und darüber hinaus (z.B. landlose Bauern aus Brasilien und Indien).

29. Mai – 4. Juni 1999: „Europäisches Parlament der Erwerbslosen und ungeschützten Beschäftigten“ und Gegengipfel zum EU-Gipfel, der am 3./4. Juni in Köln stattfindet. Infos: Bundesbüro Euromarsch, Körnerstr. 69, 50823 Köln, Tel. 0221/9520008, Fax: 9520077.

29. Mai – 19. Juni 1999: Aktionen der Euromarschbewegung in Deutschland (grenznahe Gebiete), Benelux-Ländern und Frankreich im Vorfeld der Demonstration am 19. Juni gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Köln.

4./5. Juni 1999: Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Bremen: Zu Sozialen Fragen in Europa

6. Juni 1999: Bürgerschaftswahl in Bremen

13. Juni 1999: Europawahl, Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen

16. Juni 1999: 28. Evangelischer Kirchentag

18./20. Juni 1999: Weltwirtschaftsgipfel in Köln. Ein bundesweites Bündnis ruft zu einem Gegengipfel und zur Demonstration in Köln auf.

12. bis 15. August 1999: Linke Schule in Friedrichroda

5. September 1999: Landtagswahl in Brandenburg

12. September 1999: Kommunalwahlen in NRW, Landtagswahl in Thüringen

19. September: Landtagswahl in Sachsen

10. Oktober: Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den BVVen in Berlin

24. Oktober: Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

Herbst: Landtagswahl im Saarland